

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Mittwoch den 20 Februar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Veredelung des Volkes durch die Junker.

Als der, von den junkerlichen Brodwuchsern wie der leibhaftige Gottseibeiuns gehafte frühere Reichskanzler Caprivi die Herabsetzung des Getreidezollens von 5 Mk. auf 3,50 Mk. rechtfertigte, sagte er im Reichstage: „Wir müssen entweder Waaren oder Menschen exportieren!“ Er meinte damit die bekannte Thatsache in einen schlagenden Satz, daß Deutschland seine rasch wachsende Bevölkerung nur zu ernähren vermag, durch den wachsenden Export von Waaren auf den Weltmarkt; stinkt diese Waarenexportziffer, so flieht die Bevölkerung, die der heimische Boden nicht ernähren kann, ins Ausland und Deutschland verarmt und verelendet.

In diesem Augenblicke, da die Brodwuchserer sich zu ihrem unerhörten Beutezug auf die Volkstaschen rüsten, werden wir wieder an dieses Wort erinnert. Man darf mit Sicherheit darauf rechnen, daß das Exportgeschäft in Menschen in der Zukunft der einzige noch blühende deutsche Erwerbszweig sein wird, wenn es den Agrariern gelingt, die Abschließungspolitik, die sie verfolgen, siegreich durchzuführen.

Die Sozialdemokratie hat gewiß keine Ursache, die Entwicklung Deutschlands zum fast rein exportierenden Industriestaat zu bejubeln. Wir sind stets dafür eingetreten, daß sich die Industrie in erster Linie ihren Markt im Innern sichern solle. Doch der Industriekapitalismus hat die deutsche Arbeiterklasse durch überlange Arbeitszeit und niedrige Löhne so ausgebeutet, die wuchtige Kiesenlast der indirekten Steuern, der Militarismus und neuerdings der Marinismus, sowie die „Weltpolitik“, prägen die deutschen Arbeiter so darnieder, daß sie, die doch die Hauptkonsumenten sind, gar nicht vermögen, die Menge der in Deutschland erzeugten Waaren aller Art zu verbrauchen. Der Jahres-Export deutscher Arbeiterzeugnisse ins Ausland hat jetzt die Summe von 1000 Millionen Mark überschritten. Vom Abzuge dieser Waaren leben wir und wir dürfen unsern Export daher nicht preisgeben, wenn wir nicht wirtschaftlich ruiniert sein wollen.

Nun stehen uns in der Hauptsache drei rivalisierende Mächte gegenüber: England, Amerika und Rußland. England hat in seinen Kolonien ein sicheres Absatzgebiet, Amerika und Rußland dagegen streben danach, sich das Weltmarktgebiet Deutschlands zu erobern. Daneben aber sind sie noch die hauptsächlichsten Abnehmer deutscher Waaren. Wir exportieren nach Rußland an Waaren aller Art in Millionen Mark: 1894 für 171 Millionen, 1896 für 232 Millionen, 1898 für 314 Millionen, 1899 für 366 Millionen Mark. In 6 Jahren hat sich unser russischer Export reichlich verdoppelt. Ebenso ist Amerika, trotz seines zunehmenden wirtschaftlichen Ubergewichts, ein reichlicher Abnehmer deutscher Waaren. Der Gesamtwerth unserer Ausfuhr nach Amerika betrug in Mark 1896: 376 Millionen, 1898: 280 Millionen, 1899: 336 Millionen, 1900: 392 Millionen Mark.

Für diese von uns gekauften Waaren liefern uns St. Amerika und Rußland vorwiegend Erzeugnisse der Agrarindustrie und deshalb richtet sich auch der wüthende Haß der deutschen Agrarier gegen diese beiden Länder. Rußland, sonst der von den Junkern so oft gepriesene Hort der politischen Reaktion in Europa, Nordamerika, die junge Kiesenrepublik, sollen vom deutschen Markte verdrängt werden. Die chinesische Mauer, die man durch den Nachschubzug in Asien abtragen möchte, wollen die eutehungstüchtigen Junker bei uns aufrichten in Form der Erhöhung aller Agrarzölle, vornehmlich der Getreidezölle, die das russische und das amerikanische Getreide erhalten sollen.

Vor Kurzem hat (wie schon von uns f. St. gemeldet) die „Nowoje Wremja“, ein russisches Regierungsblatt, einen Artikel gegen die beabsichtigten deutschen Zoll erhöhungen gebracht und an Amerika die Aufforderung gerichtet, falls Deutschland seine Absicht durchsetze und die Zölle zu unnatürlicher Höhe hinaufschraube, sollten beide Länder sich zu dem Zwecke eines Bollkrieges gegen Deutschland verbinden. Es sei kein Zweifel, daß diesen seinen beiden vornehmlichsten Absatzländern Deutschland sich beugen müsse. Diese russische

offizielle Pressstimme zeigt die ganze Gefährlichkeit der Situation, in welche das preussische Junkerthum, durch seine unerfällliche Habgier, Deutschland hineindrängt. Die Länder werden die Unterbindung ihrer Getreidezufuhr durch die geplante Zollerrhöhung mit der Hinaufschraubung der Zölle für deutsche Industrieprodukte beantworten, und die Folge ist die Verminderung des Absatzes der deutschen Exportindustrie im Auslande. Stockt aber der Absatz der Waaren ins Ausland, so wie er jetzt durch die um sich fressende Krise im Innern zu stocken beginnt, so sind Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen auch in den Gewerben die Folge, welche jetzt noch nicht über schlechten Geschäftsgang klagen können. Beringerer Lohn bei gleichzeitiger Vertheuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse bedeutet ferner den Rückgang der moralischen und physischen Kräfte des Volkes, zumal der Arbeiterklasse.

Gewiß entflieht nicht Jeder sogleich und ohne Weiteres seinem Vaterlande. Erst wenn die Zustände sich so verschlimmern haben, daß sich dem Einzelnen kein anderer Ausweg bietet, wagt er das Unternehmen, sich draußen in der Welt eine neue Existenz zu begründen. Aber der Auswanderung voraus geht der wilde Existenzkampf im Innern. Die Vertheuerung der Lebensmittel, insbesondere des Brodes, bewirkt die Steigerung der Vergehen und Verbrechen. Der Hülflose wird zum Dieb und Verbrecher. „Ein Blick auf die Statistik“, sagt der bekannte Statistiker Georg v. Mayr, „zeigt sofort den genauesten Zusammenhang zwischen der Bewegung des Eigenthumsbesitzes und dem Steigen und Fallen der Getreidepreise. Die Linien sind so überraschend parallel, daß man nicht anstehen kann zu behaupten, daß in der Periode 1835 bis 1861 so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide im Preise gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner im Gebiet dieses Reichs einen Diebstahl mehr hervorgerufen hat, während andererseits das Fallen des Getreidepreises um einen Sechser je einen Diebstahl bei der gleichen Zahl von Einwohnern verhütet hat.“ Die bayerische Kriminalstatistik jener Jahre, in Vergleich gestellt mit dem jeweiligen Getreidepreise, bestätigt voll und ganz das Gesagte. Auf je 100 000 Seelen der Bevölkerung kamen:

Jahr	Roggenpreis pr. bayer. Scheffel 6 St. 63 Kr.	Bettler und Vagabunden	Eigenthums-Verbrechen
1835/36	14,21	1891	260
1839/40	10	1730	270
1845/46	11	1819	325
1850/51	12	1693	265
1854/55	23	2743	369
1859/60	11	1194	328

Diese Statistik spricht mit einer so furchtbaren Deutlichkeit, daß jedes Wort der Erläuterung überflüssig ist. Gleiche Resultate sind übrigens aus allen deutschen Bundesstaaten festzustellen. Für Sachsen bestätigt sie A. v. Dettingen, indem er aus der sächsischen Statistik eine Parallellität zwischen der Bewegung der Eigenthumsbesitze und der der Getreidepreise nachweist. Die preussische Kriminalstatistik zeigt das folgende Bild. Es betragen:

Jahr	Preis für 50 Kg. Weizen 14,21 Mk.	Preis für 50 Kg. Roggen 11,45 Mk.	Verbrechen gegen das Eigenthum
1855	10,18	6,87	81 201
1857	9,80	7,30	56 310
u. i. w.	9,20	7,80	60 890
1866	12,89	9,87	70 397
1868	12,48	9,84	77 199
1869	9,70	8,08	67 106

Angesichts dessen kommt selbst ein Geheimer Oberjustizrath Starke, ehemals vortragender Rath im Berliner Justiz-Ministerium in seinem Buche: „Verbrechen und Verbrecher in Preußen“, zu dem Schluß, daß mit jeder Erhöhung der Getreidepreise auch die Kriminalität zunimmt.

Den schlagendsten Beweis liefert in dieser Richtung die Kriminalstatistik des deutschen Reiches. Wir haben eine solche seit dem Jahre 1882. Wenn wir die Verurtheilungen des Zeitraums von 1882 bis 1898 zu den Roggenpreisen in Vergleich stellen, ergibt sich das folgende Resultat:

Jahr	Roggenpreis per 1000 Kg. Berlin 152,3 Mk.	In Deutschland wegen Diebstahls Verurtheilte
1882	134,5	103 050
1888	170,0	84 377
1890	176,8	92 725
1892	119,8	109 195
1895	146,8	93 044
1898		97 201

Die in diesen Ziffern ausgedrückten Thatsachen lassen klar erkennen, welche verderblichen Folgen jede Erhöhung der Getreidezölle auf die Gesundheit und Sittlichkeit eines Volkes haben muß. Sie zeigen aber auch, daß die Lasten, welche der Getreidezoll dem deutschen Volke aufbürdet, weit schwerer sind als in den Zollverträgen und den Preissteigerungen zum Ausdruck kommen.

Während so ein Theil des Volkes von Krankheit, Elend und moralischem Verkommen degenerirt wird, entflieht der bessere Theil der Arbeiterschaft der Heimath. Verminderte Waarenausfuhr hat vermehrte Menschenausfuhr zur Folge. Und es sind nicht die schlechtesten und trüglichen Elemente, die in solchen Zeiten auswandern! Diese Arbeiter sind ein werthvoller Gewinn für die fremde Konkurrenz. Mit diesen aus Deutschland durch die agrarische Wirthschaftspolitik verdrängten Arbeitern wird die deutsche Industrie auf den Märkten der Welt dann vom Auslande bekämpft und schließlich wandert auch die deutsche Industrie, wie dies schon im Anfange der 90er Jahre vielfach der Fall war, über die Grenzen, um sich draußen, ungehindert durch die agrarische Wirthschaftspolitik, zu entwickeln.

Der brutale Anschlag, den die Agrarier unter dem Hurrah aller Reaktionäre im Schilde führen, zwingt das ganze arbeitende Volk zur Abwehr. Und daß die Sozialdemokratie diesen Kampf fast allein führt, zeigt wieder einmal, daß sie in Wahrheit die Hüterin der Gesamtsinteressen des Volkes geworden ist.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der europäische Diplomatenbankrott! Der konservative „Reichsbote“ jammert mit offener Ehrlichkeit:

Wenn man zu der Haltung der Mächte gegenüber den Vorgängen in Südafrika noch die andere in Ostasien hinzunimmt, wo sie allzusammen von den Chinesen am Karrenrad herumgeführt werden, ohne daß sie wüßten, wie sie aus dieser Affaire wieder herauskommen können, die sich noch dazu immer mehr zu einer Quelle des Streites zwischen den Mächten selbst auszuwickeln droht, so muß einem für die Autorität der Regierungen angst und bange werden.

An Südafrika gehen sie vorüber wie der Rebit an dem Hohlweg nach Jericho, und nehmen es den Völkern noch übel, wenn sie thun, was die Obrigkeiten selbst thun sollten. Wenn man das alles überflieht: den grausamen Raubkrieg Englands in Südafrika, das mäßige Buzschauen der Mächte und ihrer aller Verhalten in Ostasien, so drängen sich einem die ernstesten Befürchtungen für die Zukunft auf. Es kann nicht ausbleiben, daß in dieser mit Habgier, Neid, Herrschsucht, Furcht und Mißgunst erfüllten Stidluft sich die Gewitter von selbst entwickeln. Die Reibungen beginnen ja schon allerorten. Die Diplomaten reklamiren stolz die Realpolitik, weisen die Politik des Idealismus zurück — aber wenn sie nur mit offenen Augen zusehen wollten, so müßten sie erkennen, daß diese Sünden am stillen Idealismus der Völker ihr Verderben sind, das sich wie Gewitter Gottes über ihren Häuptern zusammenzieht! Das Blut der Buren schreit zum Himmel vor den Ohren der wilden Neger in Afrika gegen das christliche England und Europa; aber die Diplomaten klopfen sich englische Baumwolle in die Ohren!

Das gänzliche Versagen der europäischen Staats-sittlichkeit gegenüber dem englischen Raubzuge ist der Bankrott der sittlichen Staatsidee, der sich hier in aller Form vollzieht. Daß das jetzt auch ein konservatives Blatt einsieht, ist immerhin bemerkenswerth. — Und das Fiasko in China? Hat der „Reichsbote“ vergessen, daß Graf Waldersee dort Bunker verrichten sollte?

Das rothe Gespenst. Die Stumm'sche „Post“ unternimmt mit vermehrter Geschäftigkeit den rothen Schrecken zu schüren. Jedesmal wenn der Kapitalismus auf Raub ausgeht, setzt ja eine verschärfte Sozialistenhege ein. Jetzt klagt die „Post“ über den sozialdemokratischen Einfluß im Heere.

Allein ein Kenner des Heeres weiß, daß diese Propaganda nur den äußeren Einfluß fernhalten will, während die schwere Gefahr einer inneren Verlesung durch sozialistische Soldaten fast ohne Ueberwachung bleibt. Hinter uns liegt bereits eine im sozialdemokratischen Geiste dahingegangene Generation und der soldatische Nachwuchs, der die Kasernen bezieht, hat vielfach am eckerlichen Tisch mit dem Haß gegen alles Autoritäre eine besondere Abneigung gegen den Heeresdienst in sich aufgenommen. Diese Elemente aber versagen als Rekruten vielfach über eine gewisse geistige Regsamkeit, die den ländlichen nicht eigen ist. Sie tragen einen ungelunden Ekticismus in das Heer und schüren im Laufe der zweijährigen Dienstzeit den Geist der Unzufriedenheit und des Ungehorsams unter den bisher unverdorbenen Kameraden. Trotz des hermetischen Abschlusses vor sozialistischen Einwirkungen durch die Außenwelt geht der Sozialismus in dem Heere voran.

Darin wird man sich nun wohl finden müssen: Je mehr die sozialdemokratische Aufklärungs- und Befreiungsarbeit im Volke Erfolge hat, um so größer wird natürlich der Prozentsatz der Sozialdemokraten im Heere. Und dagegen giebt es kein anderes Mittel, als daß man sich entschließt, Sozialdemokraten den Heeresdienst zu ersparen, selbst auf die Gefahr hin, daß man keine Soldaten mehr bekommt. Die „Post“ bekennt denn aber auch, daß im Heere auch deshalb Sympathien für die Sozialdemokratie zu finden sind, weil unsere Partei unablässig auf eine humane Behandlung hinwirkt. Bebel bleibe mit seinen öffentlichen Anklagen über Soldatenmißhandlungen „als der Beschützer der bedrängten Soldaten im öffentlichen Gedächtnis jurirt“, wenn der Kriegsminister ihn auch noch so glänzend widerlege:

„Daß das Vorgehen der Sozialdemokratie in militärischen Dingen gewissenlos ist, kann ja gar nicht zweifelhaft sein. Aber was geschieht denn, um die Sozialdemokratie und ihren ersten Schreihals Bebel für dieses schandbare Treiben gebührend zu strafen? Es sollte in jedem einzelnen Falle von dem Abgeordneten Bebel die Vorlegung der Beweise verlangt werden. Ist er dazu nicht im Stande, so möge das Haus anerkannter Schluß der Debatte beschließen, dem Kriegsminister die Beantwortung der Anfragen erlassen und die Sache für erledigt erklären. Das würde entschieden auf die unbotmäßigen Elemente im Heere zurückwirken, die gerade in den Unbekanntheiten, die eine, wenn auch noch so halboffene, Bebel'sche Rede den Offizieren bereitet, ihre mächtigste Waffe sehen. Es ist eine in Offizierskreisen längst bekannte Thatsache, daß schon sehr oft anonyme Drohbriefe von den betreffenden Mannschaften an Vorgesetzte eingeschickt werden, in denen auf Bebel als schwarzen Mann hingewiesen wird. Natürlich müßte auch die Presse einen als unbewiesen erkannten und durch Debatte schlag erledigten Sermone Bebel's einfach unbeachtet lassen. Wer mit so wenig reinen Absichten, wie Herr Bebel, das Patronat über unser köstliches Gut, das Heer, ausüben will, verdient keine Beachtung.“

Das ist ja ein ganz interessantes Zugeständnis, wie werthvoll die Sozialdemokratie für das Heerwesen geworden ist.

Kleine politische Nachrichten. Der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Bismarck-Söhnen, Vertreter für Greifswald-Grimsen, ist im Alter von 49 Jahren auf seinem Fideikommissgute Carlshagen bei Zarnow in Rurowpommern gestorben. Graf Bismarck war 1888 mit 8876 gegen 4210 Stimmen für den Kandidaten der Freisinnigen Vereiningung Dr. Dohra und 2501 sozialistische Stimmen gewählt worden. — Der Abg. Vieber hat sich, wie berichtet wird, von seiner Krankheit vollständig erholt und gebietet sich binnen kurzem wieder an den parlamentarischen Verhandlungen zu beteiligen. — Der Bundesrath gab in seiner Sitzung am Montag seine Zustimmung zu dem Entwurf eines Gesetzes, betr. Festsetzung des dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901, in der vom Reichstage beschlossenen Fassung. Die Vorlage, betr. den Entwurf eines Gesetzes für Eisenbahntarife über die Gehalts- und Besoldungsverhältnisse der protestantischen Pfarrer und Fürsorge für die Wittwen und Waisen, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. — Als wichtigste Mitglieder des Reichstages v. Kröning in Gumbinnen sind der Unteroffizier Bahne und dessen Schwager, ein Sergeant von demselben Regiment, durch den in Gumbinnen weilenden Berliner Kriminalkommissar v. Baedemann verhaftet worden. Sie werden schon in wenigen Tagen vor das Kriegsgericht gestellt werden. — Gegen das Urtheil des Königer Schwurgerichts, wonach der Fleischergehilfe Moritz Lewy wegen wissenschaftlichen Meineids zu 4 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und daherüber Höchststrafe verurtheilt wurde, hat die Verteidigung bereits das Rechtsmittel der Revision eingeleitet. Die Verteidigung wird, nach dem „Berl. Tagebl.“, beantragen: Die Sache zur nochmaligen Verhandlung an ein hiesiges Schwurgericht zu verlegen, und zwar möglichst an ein solches zu verweisen, in dem der Angeklagte nicht in so hohem Grade die öffentliche Meinung beunruhigt wie in Königsberg. Nach Schluß der Verhandlung am Sonnabend überließ der Richter Reichel dem „inneren Anwalt“ und Berichterstatter der „Staats-Ztg.“ Zimmer und verlegte ihm einen Schlag über den Kopf, weil Zimmer in dem Prozeß über Bebel Bemerkungen gemacht hatte, die diesem unangenehm waren. — Dem „Berl. Anzeiger“ zufolge hat Kriminalkommissar Teil auf die Entlassung des Rechtsanwälters der Revision verzichtet und bereits am Sonnabend die ihm zuerkannte Zuchthausstrafe angetreten. — Eine Amnestie hat der Großherzog von Sachsen-Weimar laut Extrablatt der „Weimarer Zeitung“ vom 17. Februar erlassen. Daraus sind alle Verurtheilten, die bis zum 17. Februar incl. wegen Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte (§ 106 bis 109 des Strafgesetzbuchs), wegen Verletzung des Landesfriedens oder eines Theils des Großherzoglichen Landes (§ 95—97 des Strafgesetzbuchs) durch Entlassung eines großherzoglichen Gerichts rechtskräftig verurtheilt sind, diese Strafe, wenn sie nicht verstorben ist, erlassen. Die Amnestie erstreckt sich ferner auf eine Reihe von Vergehen gegen das Strafgesetzbuch, namentlich Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Verleumdungen durch die Presse, Journalisten, schuldige Unpartheiligkeit, letztere die verhängten Strafen die Dauer von 2 Monaten, die Gefängnisstrafe von 300 Mark nicht übersteigen. Durch diese Amnestie wird ein großer Theil Verurtheilter von der Strafe befreit. Die meisten Kapazitätssträger z. B. werden zu höheren Strafen als zu dem Mindestmaß von 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Beholden des deutschen Reiches sind überhaupt nicht in den Strafverlauf mit einbezogen. — Rollenblätter werden, den Selbsten in Polen ist durch Landesbefehl bekannt gegeben worden, bei polnischen Geschäftsleuten nicht zu lassen. Sie geben die Nachricht wider, daß die Strafen für eine denartige Verletzung würde den stärksten Widerstand hervorzurufen. — Ein sozialistischer Deputirter wurde am 11. Februar in der Sitzung durch die am Sonntag nachmittag eingeleitete in's Parlament gewählt. Die Wahl des Sozialisten Altemeyer ist infolge von Bedenken, als er sich der Wahl im eigenen Lager für Sozialisten an der vollen Zustimmung ihrer Kraft hinderte, andererseits der Gegenkandidat Altemeyer der populäre und zugleich gewandteste Redakteur der antikonstitutionalistischen „Völkischen Zeitung“ war, zunächst durch die Wahl des früheren Maire von Alger. — In der Sitzung des Reichstages am 11. Februar wurde die am Sonntag nachmittag eingeleitete in's Parlament gewählt. Die Wahl des Sozialisten Altemeyer ist infolge von Bedenken, als er sich der Wahl im eigenen Lager für Sozialisten an der vollen Zustimmung ihrer Kraft hinderte, andererseits der Gegenkandidat Altemeyer der populäre und zugleich gewandteste Redakteur der antikonstitutionalistischen „Völkischen Zeitung“ war, zunächst durch die Wahl des früheren Maire von Alger.

und 2 Stambolowisten. Bei den Gemeindevahlen in Sofia siegte die Liste der Regierung gegen die vereinigte zantowitsch-karawitschische. Bei der Stichwahl in Tzetitsch giffen die Bauern mit Filintentalen die Gendarmerie an, wodurch ein Gendarm verunndet wurde. Die Gendarmen erwiderten das Feuer; 3 Bauern wurden getödtet und 5 verwundet. — Für die Zukunft in türkischen Heer ist folgende Nachricht der offiziellen „Pol. Korresp.“ aus Kestech bezeichnend: Drei Artillerie-Offiziere wurden wegen ungebührlicher Neußerungen degradirt, drei andere Offiziere wurden verhaftet, weil sie militärischen Stallbungen auf eigene Rechnung verkauft hatten. Die Offiziere erklärten: Wir haben seit vielen Monaten keine Gage erhalten, Frauen und Kinder haben kein Brod; wenn dieser Zustand andauert, werden die Offiziere genöthigt sein, auch die Pferde zu verkaufen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Welche Bedeutung die Engländer dem Einfall Dewets in die Kapkolonie beimessen, erhellt man daraus, daß Kitchener sich sofort von Pretoria nach De War, dem bekannten Eisenbahnknotenpunkt im Norden der Kapkolonie begeben hat. Zugleich hat er alle nur aufzutreibenden Truppen hinter dem gefährdeten Dewet hergeschickt. In Gewaltmärschen ist die Brigade Bruce-Hamilton von Kroonstad nach De War, sind die von General Knop befehligten Truppen aus dem südlichen Transvaal nach der nördlichen Kapkolonie geeilt. Fühlung mit Dewet, der, wie nun feststeht, von Phibistown eine direkt westliche Richtung eingeschlagen hat, hat aber nur die Kolonne Plumer, die bereits am 13. d. Mts. mit Dewets Truppen, wahrscheinlich nördlich von Phibistown, scharf zusammenstieß. Auf seinem Marsch nach Westen hat Dewet am 15. d. Mts. vor Tagesanbruch die Bahnlinie bei Houtkraal nördlich von De War passiert, allerdings nicht ohne Verluste. Er mußte eine ganze Anzahl Wagen, die zum Theil mit Munition beladen waren, ferner über 100 Pferde und ein Mörsergeschütz in den Händen der Verfolger lassen. Es ist unklar, ob letztere zur Kolonne Plumer gehörten oder ob es Mannschaften der Panzerzüge waren, deren Granatfeuer die Büren, freilich vergeblich, um Ueberreitern der Bahnlinie zu hindern suchte. Auf dem weiteren Marsch nach Westen riskirt Dewet einen Zusammenstoß mit der Kolonne De la Motte, die auf ihrem Marsche von Calbaria über Williston jetzt Carnarvon erreicht hat. Die Londoner Blätter schwärzen sich schon wieder mit der Illusion: Diesmal werde man Dewet bestimmt fangen! Wie ist dieser Sehnsuchtsklang schon erklingen! — Aus Melbourne (Australien) wird gemeldet: Die Regierung von Neu-Südwales und die von Süd-Australien haben den Vorschlag Chamberlains, weitere Truppen nach Südafrika zu entsenden, abgelehnt.

China.

Vom Chinawirrwarr. Ein heiliger Schrecken soll den Chinesen eingeflößt werden; so versichert die „Köln. Ztg.“ Sie meldet aus Peking vom 16. d.: Angesichts des misserthigen (1) und schleppenden Ganges der Friedensverhandlungen eruchte Graf Waldersee alle Befehlshaber der verbandeten europäischen Truppen, für Ende Februar neue Expeditionen in größerem Maßstabe vorzubereiten, um die Provinz Tschili endgiltig von den chinesischen Soldaten zu säubern. Das deutsche Kommando gab Befehl, binnen 18 Tagen 1000 Transportwagen für die Frühjahrsexpedition bereit zu stellen. Wie es scheint, verfolgen diese Anordnungen hauptsächlich den Zweck, den Chinesen einen heiligen Schreck beizubringen. — Die internationale Diplomatie ist also der chinesischen gegenüber wieder einmal mit ihrem Latein zu Ende. Schließlich meißel noch das Köln. Blatt vom 18. d. aus Peking: In der heutigen Sitzung der Vertreter wurden zwei kürzlich eingegangene Erlasse des Kaisers von China zurückerwiesen. Sie betreffen Art. 2 (Bestrafung der Schuldigen) und Art. 10 (fremdenfeindliche Gesellschaften) der Friedensbedingungen. Es wurde die sofortige Bekanntgabe ihrerer Erlasse gefordert. Die Expedition ist zum Aufbruch bereit.

„Poliz. Bureau“ meldet aus Szanghai: Durch Exakte Klagen wurden Besitze bestimmt, die darüber zu machen haben, daß Li Chwang Selbstmord begehe, Pähleu enthauptet und ferner Kwanghi nachträglich jenes Ranges entsetzt werde, den er vor seinem Tode besaß, seine Familie der Pension verlustig gehe, und daß alle ihre Titel auf Gianghi und die anderen Mitglieder des Liung-Hi-Jamens noch nachträglich übergehen, die in Peking von den Chinesen hingerichtet worden sind. Schließlich soll das Bedauern darüber ausgesprochen werden, daß sie zu Unrecht bestraft wurden, ihre Familien sollen unterstützt werden. — Anzeichen sind es diese Exakte, welche laut Meldung der „Köln. Ztg.“ die Gerichten zurückgewiesen haben.

Die Hamburger Bürgerstimmwahl.

A. K. Unsere Leser sind über den für die Sozialdemokratie so überaus erfreulichen Ausgang der Hamburger Bürgerstimmwahl bereits kurz unterrichtet worden. Wenn wir nun uns mit der Wahl und ihrer Lehren noch eingehender beschäftigen, so liegt dazu wohl begründeter Anlaß vor, insofern wir selbst vor den Bürgerstimmwahlen stehen und an dem Beispiele unserer Hamburger Genossen lernen können.

Bis vor wenigen Jahren war, wie der „Vorwärts“ mit Recht bemerkt, gar nicht daran zu denken, daß ein Sozialdemokrat in die Hamburger Bürgerstimmwahl gewählt werden könnte. Die Hamburger Parteigenossen beteiligten sich deshalb offiziell überhaupt nicht an den Wahlen. Das Wahlrecht war ein so unvollständiges, wie in keinem zweiten deutschen Bundesstaat. Ein Theil der Bürgerstimmwähler wurde und wird auch noch heute durch privilegierte Wahlen gewählt, durch die Grundeigentümer- und Notariatswahlen. Die Grundeigentümer wählen vierzig Abgeordnete, die Notareln — Mitglieder der Amts- und Verwaltungsbörden — ebenfalls vierzig Abgeordnete, zusammen 80 Abgeordnete. Die gleiche Anzahl Abgeordnete ging aus allgemeinen Wahlen hervor, an denen sich Grundeigentümer und Notareln wiederum beteiligten, so daß diese mindestens zweimal, theils sogar dreimal wählen konnten. Dazu war der Erwerb des Bürgerwahlrechts für die allgemeinen Wahlen noch an die unerhörte Bedingung geknüpft, daß dafür ein Kaufpreis von 30 Mark gezahlt werden mußte. Unter diesen Umständen gab es unter den Arbeitern natürlich eine kaum nennenswerthe, jedenfalls aber völlig einflusslose Anzahl von Bürgern.

Im Jahre 1897 bequante man sich dann endlich dazu, das Bürgerrecht etwas zu reformiren. Der Kaufpreis von 30 Mark wurde abgeschafft, dafür aber der Erwerb des Bürgerrechts an die Bedingung geknüpft, daß man mindestens 5 Jahre hintereinander ein Einkommen von 1200 Mk. verzeichnen habe mußte. Was von der Reform beab-

sichtigte weitergehende Verbesserung durch Herabsetzung des Zensus auf 900 Mk. wurde von der Linken der Bürgerstimmwahl verhindert. Trotz des auch für Hamburger Verhältnisse recht hohen Zensus durfte jetzt aber gehofft werden, daß genügend Arbeiter das Bürgerrecht erwerben könnten, sobald eine Wahlbetheiligung für die Zukunft nicht ganz aussichtslos sei. Es wurde deshalb offiziell Betheiligung beschlossen und dieser Beschluß bei der im Jahre 1898 stattgefundenen halbseitigen Erneuerung der Bürgerstimmwahl auch ausgeführt. Das Resultat waren in allen Bezirken ganz hübsche Minoritäten, die in einigen Jahren Erfolg erhoffen ließen. Auch von der jetzt stattgefundenen halbseitigen Wahl — die Vertreter der Bürgerstimmwahl werden auf 6 Jahre gewählt und zwar so, daß nach je drei Jahren eine Hälfte der Bürgerstimmwahl neu gewählt wird — erhoffte man noch nichts, als einen kleinen Zuwachs an Stimmen.

Das Resultat ist Allen überraschend gekommen. In allen Bezirken — mit Ausnahme des Landgebietes — haben wir sehr ansehnliche Minoritäten erzielt und sitzen den alten Parteien in vielen Bezirken hart auf den Fersen. Dazu ist Genosse Stolten, ein geborener Hamburger und politischer Redakteur des „Hamburger Echo“, gegen einen Metallwaaren-Fabrikanten und württembergischen Sozialistenfresser, der den Bezirk bisher vertrat, gewählt. Der Bezirk, der den ersten Sozialdemokraten in das herrliche Rathhaus der alten Hansestadt schickt, ein Theil des Hammerbrook, hat schon einmal bei einer Wahl eines Sozialdemokraten den Ausschlag gegeben. Als im Jahre 1883 Bebel im ersten Wahlkreise für den Reichstag kandidirte, hatte man am Abend allgemein schon angenommen, er sei unterlegen. Seinem Gegenkandidaten, dem freisinnigen Hamburger Richter, wurde schon allgemein zu seiner Wahl gratulirt. Er hatte viel Stimmen mehr als Bebel in allen Bezirken. Nur ein Bezirk fehlte noch, aber man glaubte nicht, daß er das Resultat ändere. Da kam das Resultat, und es warf alle Kalkulationen über den Haufen: Bebel war gewählt und Hamburg sandte seinen ersten Sozialdemokraten in den Reichstag. Jener Bezirk war die Ibastraße im Hammerbrook. Sie heißt seit jenem Tage im Volksmund ganz allgemein Bebel's-Allee. „Bebel's-Allee“ hat jetzt wieder mitgeholfen, den ersten Sozialdemokraten in die Hamburger Bürgerstimmwahl zu senden.

Das Resultat ist weiter beachtenswerth, da es erzielt wurde bei einer geradezu kolossalen Wahlbetheiligung (durchschnittlich 90 pCt.). Die Sozialdemokratie schreitet langsam, aber sicher fort. 1898 schwankte ihre Stimmzahl zwischen 5 und 23 pCt. der abgegebenen, neuer zwischen 6 und 35 pCt. Im 34. Bezirk (Billwärder Ausschlag) rückte Genosse Ostfeld den bürgerlichen „Siegern“ hart auf den Leib. Im 35. Bezirk verlor der Antisemit Schack, der bei der Nachwahl mit 204 Stimmen gewählt wurde und jetzt nur 188 Stimmen erhielt, 16 Stimmen, während die sozialdemokratischen Stimmen von 34 auf 112 stiegen, die auf den Genossen Weinheber entfielen. Im 36. Bezirk (Weddel) erhielt Genosse Ehlers bei der Nachwahl 19 Stimmen, jetzt stiegen die sozialdemokratischen Stimmen auf 77, die auf den Genossen Fischer entfielen. Im 1. Bezirk (Altstadt) vereinigte Genosse Ehlers bei der Nachwahl auf sich 63 Stimmen, gegen 106. Im 2. Bezirk (Altstadt) blieb unser Kandidat, Genosse Schoene, nur mit 16 Stimmen hinter dem gewählten Herrn Seemann zurück.

Ist somit einerseits das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen charakteristisch, so ist es andererseits die Erfolglosigkeit des heftigen Vorstoßes der Antisemiten. Diese wird denn auch bei der Besprechung des Wahlergebnisses, überall in den Vordergrund gestellt. Freilich — überall, wo die Sozialdemokratie starken Boden hat, ist für den Antisemitismus kein Feld, er jagt lediglich den bürgerlichen Kandidaten die Stimmen ab. Der Angriff der Antisemiten fast auf der ganzen Linie hatte den alten Parteien einen fürchterlichen Schrecken verursacht und man konnte die weitgehendsten Befürchtungen über die für die Antisemiten zu erwartenden Siege hören. Und diese suchten diese Befürchtungen nach Kräften zu stärken. In großsprecherischer Anmaßung thaten sie so, als ob halb Hamburg ihnen schon gehöre und sie die Bürgerstimmmandate bereits dugendweise in der Tasche hätten. Ganz St. Georg glaubten sie erobern zu können; Elbek war ihnen sicher, ebenso der Billwärder Ausschlag. Nicht minder machten sie sich Hoffnung auf Borgfelde und Hamm und auch im Hammerbrook meinten sie, sich im Voraus als muthmaßliche Sieger aufspielen zu können. Alle diese Hoffnungen basirten darauf, daß die Bürgerrechtserweiterung mit ihrer Zwölfhundertmark-Grenze ja in erster Linie den Unterbeamten, die in erheblichem Prozentsatz antisemitische Neigungen haben, und dem Kleinbürgertum mit seinen künstlerischen Bestrebungen zu Gute gekommen ist.

Das Ergebnis der Wahl hat aber gelehrt, daß doch auch diese Kreise nicht in dem Maße antisemitisch verfeuert sind, wie auf Grund der beiden Wahlerfolge der Antisemiten in Darmstet und im Billwärder Ausschlag angenommen wurde. Nach den praesentischen Siegesverkündigungen im Laufe des Wahlkampfes macht das Resultat für die Antisemiten einen geradezu kläglichem Eindruck. Von allen ihren Eroberungshoffnungen hat sich nichts erfüllt; sie haben auch nicht einen einzigen Sitz gewonnen und nur das eine unerhebliche Mandat gerettet. Zwar haben sie in einigen Bezirken recht erhebliche Minoritäten aufgebracht, aber

darüber war ja im Voraus kein Mensch im Zweifel. Wer aber den Mund so gewaltig voll nahm, wie die Antisemiten, der mußte greifbare Erfolge, Mandate heimtragen, sonst war er der Blamirte.

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse wahre Purzelbäume schlägt ob des Heimfalls der Raab'schen Garde. Die hocherfreuliche Bedeutung der Wahl, so schreibt das Senatorenblatt, der „Hamb. Corr.“, liegt darin, daß die stolzen Hoffnungen der Antisemiten gänzlich zu Schanden geworden sind; 18 Mandate wollten sie erobern, so verkündeten sie in siegestrunkenem Muth, der schließlich auch außerhalb ihrer Befolgung einigen Eindruck machte. Nun haben sie thatsächlich nicht ein einziges neugewonnen, und statt mit einer stolzen Flotte einzufahren, treibt Herr Schack etwas kläglich auf gerettetem Boot in den Hafen. Und die „Neue Hamb. Zig.“ meint: „Wir freuen uns aufrichtig darüber, daß die Antisemiten keinen Zuwachs an Parlamentssitzen erhalten haben. Wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn etwas „frisches Blut“ in unser Parlament gekommen wäre, wenn an die Stelle einiger jaghafter oder minder gewandter Vertreter des Liberalismus entschiedenere und gewandtere liberale Vertreter gerückt wären. Die Antisemiten aber behalten bei all' ihren radikal-liberalen Forderungen doch ihre reaktionär-agrarische Grundfarbe und sind deshalb ungeeignet als Vertreter im Hamburger Parlament.“

Es unterliegt auch thatsächlich wohl kaum einem Zweifel, daß die Antisemiten ihren Mißerfolg in erster Linie ihrem Eintreten für den Brotwucher verdanken. Damit dürfte aber der Antisemitismus für Hamburg, ehe er in der Bürgerschaft ein nennenswerther Faktor geworden, auch gleich endgültig abgewirkt haben, selbst wenn er in einer nothwendig gewordenen Nachwahl noch einen Sieg erobern sollte.

Mit dem Erfolg der Sozialdemokratie finden sich die bürgerlichen Politiker ziemlich resignirt ab. Der „Hamb. Corr.“ schreibt: „Daß im Hammerbrook ein Sozialdemokrat gewählt worden ist, betrachten wir gegenüber der befürchteten Antisemitenfluth als das weitaus kleinere Uebel und scheuen uns nicht, das öffentlich auszusprechen.“ Verschwiegen wird freilich, daß das Bürgerrechtsgesetz ausdrücklich darauf zugeschnitten worden ist, der Sozialdemokratie die Thür der Bürgerschaft zu verschließen.

Das „Hamb. Fremdenbl.“, welches, ähnlich wie bei uns in Lübeck die „Eisenb.-Ztg.“, die stumpfsinnig-engerzigen Anschauungen des bornirtesten Spießbürgerthums widerspiegelt, äußert sich, wie folgt: „Daß im Hammerbrook der sozialdemokratische Kandidat Herr Stolten durchgekommen ist, können wir für kein Unglück betrachten, denn die zahlreiche Arbeiterschaft Hamburgs hat ein Recht darauf, eine Vertretung in der Bürgerschaft der Stadt zu fordern. Es ist ja richtig, daß die Mitglieder der Volksvertretung nicht nur eine, sondern alle Klassen der Bevölkerung zu vertreten haben, aber bei den gespannten und immer mehr um sich greifenden sozialen Konflikten und wirtschaftlichen Fragen ist es ganz natürlich, daß auch die Arbeiter ihre wirklichen oder vermeintlichen Fürsprecher und Parteigenossen anderen Kandidaten vorziehen. Herr Stolten ist Redakteur des „Echo“ und einer der Führer der hiesigen sozialdemokratischen Partei. Herr Stolten wird in unserer Legislative oft genug Gelegenheit haben, die Auslassungen in seinem Blatt durch eigene Kenntnisaufnahme der Sachlage in Arbeiter-Angelegenheiten zu corrigiren.“ Daß ist die naive Auffassung jener Leute, welche gewohnt sind, zu sehen, wie ihre „radikalen“ Geister zahm werden bis zum Aus-der-Hand-Greifen, sobald sie an der Krippe sitzen. Daß es wirklich Männer mit Rückgrat giebt, ist ihnen eben unbekannt.

Der eine Sieger der Sozialdemokratie wird freilich einen schweren Stand haben in der Bürgerschaft. Bisher hat man dort Alles allein vom kapitalistischen Standpunkt beurtheilt und in den Dienst der kapitalistischen Interessen gestellt. Das wird selbstverständlich auch der eine Sozialdemokrat nicht ändern können. Aber seine Aufgabe wird sein, die Dinge vom Standpunkt des Arbeiter-Interesses zu beleuchten und eventuell der kapitalistischen Heuchelei, die die Maske des Allgemein-Interesses vorhängt, diese Maske abzureißen und die wahre Natur des dahinter Verborgenen zu zeigen. In dem Bewußtsein, daß, wer den Interessen der großen arbeitenden Masse dient, auch dem Gemeinwohl dient, wird es das Bestreben unseres ersten Vertreters in Hamburgs Gesetzgebung sein, nach besten Kräften in dieser Richtung zu wirken. Im Uebrigen wird er jedem reaktionären Versuch die erbitterteste Feindschaft erweisen, dagegen jedem ernsthaften sozialen und demokratischen Fortschritt eine Unterstützung leihen, sich jedoch nicht durch Scheinreformen blenden lassen.

Die Bedeutung der Wahl hat u. E. am besten und kräftigsten der Wochenplauderer des „Hamb. Echo“ mit dem Besonderen geschildert:

Der Erste zieht in den Rathhausaal!

Der dumpfe Wahn ist gebrochen.

Nun wird im Rathhaus der Republik Republikanisch gesprochen.

Unseren Hamburger Genossen ist es gelungen, das Eis zu brechen. Wir haben in Lübeck einen weit schwereren Stand, weil wir mit der unerhört hohen Abgabe von 28 Mark für das Bürgerrecht zu rechnen haben. Gleichwohl müssen wir uns ans Werk machen.

Auch dieses Volkswort darf für uns nicht unüberwindlich sein, wir werden es übersteigen. Das Beispiel, das uns an der Elbe gegeben wurde, muß, koste es, was es wolle, an der Trave nachgeahmt werden. Hier, wie dort, hat die Lösung zu lauten:

Erwerbt das Bürgerrecht!

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 19. Februar 1901.

Eine Arbeitsordnung, welche der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf, hat die Firma S. Meyer u. Co., Catharinenstr. 2, für die bei ihr beschäftigten Frauen sich zugelegt. Wir zitiren daraus:

§ 2. Pausen 5 Minuten nach 7 resp. 1 1/2 Uhr wird die Thüre geschlossen und verfällt diejenige Frau, welche noch nicht auf dem Bloke ist, in eine Strafe von 10 Pfg. für jede fehlende 5 Minuten.

§ 3. Diese Strafgebühren werden bei der Lohnauszahlung in Abzug gebracht und vom Comptoir vermarktet. Weihnachten wird das eingegangene Geld an diejenigen Frauen vertheilt, die am wenigsten zu spät gekommen sind.

§ 5. Diejenige Frau, die erst zum Frühstück kommt, verfällt außer der Lohnkürzung in eine Strafe von 20 Pfg., während beim Fehlen eines halben Tages 30 Pfg. Strafe außer der Lohnkürzung in Abzug gebracht wird.

§ 6. Wer ohne Erlaubniß einen oder mehrere Tag fehlt, verfällt in eine Strafe von 50 Pfg. per Tag außer Verlust des Lohnes, im Wiederholungsfall erfolgt Kündigung.

Von acht Paragraphen reden vier von Strafen; dagegen sucht man in dem famosen Dinge vergeblich die Bestimmungen über das Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, die Arbeitspausen, über die Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung, über Kündigungsfrist und Kündigungsgründe, über einen Arbeiterauschuß u. s. w., obwohl die Gewerbeordnung dieserhalb recht präzise Vorschriften enthält. Auch heißt es in der Gewerbeordnung, daß Strafgebühren im Interesse der Arbeiter, nicht „der pünktlichen Arbeiter“ zu verwenden sind. Vielleicht erbarmt sich der Herr Fabrikinspektor Johannsen einmal dieser mifflungenen Arbeit! — Weiter müssen wir aber offen gestehen, daß es uns wundert, daß es in Lübeck noch Arbeiterinnen giebt, die sich einer solchen Arbeitsordnung überhaupt unterwerfen, anstatt der Firma frei zu erklären: Unter solchen Umständen fortiren Sie Ihre Lampen gefälligst selbst! Sache der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist es, zu geeigneter Zeit in dieser Richtung aufklärend zu wirken und ähnlichen Maßnahmen der Arbeitgeber ein dickes B vorzulegen!

Lohnbewegung der Schneider. Die hiesige Zahlstelle des Verbandes der Schneider hat vor längerer Zeit beschlossen, in diesem Jahre in eine Bewegung einzutreten, um eine Aufbesserung ihres Lohns, welcher seit zehn Jahren unverändert besteht, zu erreichen, ein Bestreben, welches angesichts der kolossalen Preissteigerung alles Dessen, was zu des Lebens Nahrung und Nothdurft gehört, nur als berechtigt und wünschenswerth bezeichnet werden kann. Am 15. Januar d. Js. wurde an die hiesige Zwangsinnung die Forderung schriftlich eingereicht, am 14. d. Mts. fand die erste Verhandlung zwischen Gesellenauschuß und Lohnkommission einerseits und Innungsvertretern andererseits statt. Am Sonntag fand nun im Vereinshause eine ungewöhnlich stark besuchte öffentliche Schneiderversammlung statt, in welcher die Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern Bericht erstattete. Die einzelnen Positionen des in den gemeinschaftlichen Verhandlungen aufgestellten Tarifs wurden der Reihe nach verlesen und zur Diskussion gestellt. Bemerkt wurde, daß nur über den 1. Tarif eine Beratung mit den Arbeitgebern stattgefunden habe, der 2. Tarif sei ohne dies der vorgeordneten Zeit wegen den Arbeitern zur Begutachtung übergeben. Die Kollegen möchten den 2. Tarif besonders genau prüfen, denn wenn auch bei der Uebergabe desselben gesagt worden sei, derselbe sei dem 1. Tarif angepaßt worden, so habe die Kommission doch gefunden, daß dieses durchaus nicht der Fall sei. In der Diskussion, an der sich besonders die Hausarbeiter beteiligten, wurde hervorgehoben, daß der von den Arbeitgebern ausgearbeitete Tarif zwar im allgemeinen kleine Verbesserungen gegen früher anzeige, gegen den Tarif der Arbeiter aber um ein ganz Erhebliches zurückbleibe. So sei z. B. im 1. Tarif der Abzug für schwarze Arbeit, bei Fracks, Gehrocken und Paletots ein viel zu großer; auch bei anderer Arbeit, wie Jackets, Hosens, Westen usw. habe man ein anderes Entgegenkommen erwartet. Bezüglich des 2. Tarifs der Arbeitgeber wurde erklärt, daß er als ein Hohn auf die von den Arbeitern gestellten Forderungen bezeichnet werden müsse. Ein Abzug von 3—4 Mk., wie er z. B. bei schwarzer Arbeit bei großen Stücken (Fracks, Gehrocken und Paletots) erfolgt sei, sei einfach unerhört. In der von den Arbeitgebern beliebten Fassung sei der zweite Tarif einfach unannehmbar. Die Einwendung, daß der Sprung ein zu großer sei, sei hinfällig, da sich leider die Arbeitgeber nicht daran hätten gewöhnen können, auch wirklich nach dem alten Tarif zu bezahlen, sondern in den zehn Jahren noch Abzüge obendrein gemacht hätten. Von einem Bezahlen nach dem alten Tarif können im allgemeinen gar keine Rede sein, es könne also auch der vermeintliche „große Sprung“ nicht in's Gewicht fallen. Hervorgehoben müsse werden, daß einzelne Geschäfte nicht nur alle Jahre hindurch tarifmäßig bezahlt, sondern auf große Stücke auch noch eine kleine Zulage gewährt hatten. Wenn diese auch nicht den Verhältnissen entsprechend ausgefallen sei, so liefere sie doch den Beweis, daß man eingesehen habe, der bisherige Tarif sei veraltet und nicht mehr zeitgemäß. Die Forderung bezüglic

hebung der Wochenwerkstätten mit Kost und Logis sei von den Arbeitgebern damit vertheidigt worden, daß den Ausgelernten Gelegenheit geboten sei, durch Handinhandarbeiten mit dem Meister sich weiter auszubilden. Das wurde auf das Schärfste verurtheilt. Die Meister hätten die Pflicht, während der allgemein üblichen vierjährigen Lehrzeit die Lehrlinge so auszubilden, daß sie keine zweite Lehrzeit gebrauchten. Nachlernen müsse man in jedem Gewerbe; da greife aber auch jeder Gehülfe dem jüngeren Kollegen gern unter die Arme. Die sogenannten „Wochenmeister“ seien die ärgsten Konkurrenten der anderen Geschäfte und für die Arbeiter ein Hemmschuh bei der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeiterverhältnisse. Also fort damit! Lebhaft ward über die Einführung von Betriebswerkstätten debattirt. Allgemein vertrat man die Ansicht, daß die Hausarbeit der Ruin des Schneidergewerbes sei. Solange diese nicht beseitigt sei, könne man an eine geregelte Arbeitszeit nicht denken. Es sei unglücklich, daß die Hausarbeiter, obwohl sie die Betriebsunkosten selbst tragen, für denselben Lohn arbeiten müßten, wie ihre Kollegen auf der Werkstube. Hinzu kommen die Verschlechterung der Luft in den Wohnräumen durch das Bügeln u. s. w., die weiten Wege zum Holen und Abliefern der Arbeit. Die Zustimmung der Arbeitgeber, alle Arbeit, soweit möglich, in Betriebswerkstätten anfertigen zu lassen, sei nicht weitgehend genug. Diese Bestimmung gelte seit zehn Jahren; trotzdem habe die Hausarbeit immer mehr Platz gegriffen. Wenn auch zuzugeben sei, daß bis zum Frühjahr dieses Jahres es nicht überall möglich sei, Werkstuben zu schaffen, so müsse doch die Forderung unbedingt aufrecht erhalten werden, insbesondere dürfe keine Arbeit aus dem Hause gegeben werden, wo noch Platz auf der Werkstube sei. Dies geschehe leider in vielen Geschäften. Deshalb sei die Forderung auf das Strengste zu vertreten, um die Zustände zu beseitigen, welche die Arbeiter auf das Äußerste drücken. Es sei Zeit, dieses Unkraut im Gewerbe, die Hausarbeit, radikal zu vernichten. Jetzt seien bis auf wenige alte Kollegen in der Organisation, ein anderer Geist herrsche, als vor zehn Jahren, insbesondere sei die rege Bethätigung der Hausarbeiter ein hocherfreuliches Zeichen. — Eine Resolution, welche einstimmig angenommen wurde und das Angebot der Arbeitgeber als ungenügend bezeichnet, soll diesen durch die Lohnkommission übermittelt, gleichzeitig soll um nochmalige Verhandlung ersucht werden. — Aus den Zugeständnissen der Meister ist u. A. hervorzuheben: Stundenlohn 40 Pfg., Tagelohn bei zehntägiger Arbeitszeit und 1 1/2 Stunden Mittag 24 Mark, Arbeitszeit je nach der Jahreszeit von 7—8 resp. von 8—7 Uhr, Ueberstunden (Nachtarbeit) 30 Pfg. Aufschlag. — Der erste Tarif enthält, soweit wir ihn in Eile zu prüfen vermochten, durchgängig eine Erhöhung der Positionen um 15 Pro., der zweite Tarif ist erheblich ungünstiger gestellt. Erneute Verhandlungen sind, soweit uns bekannt, bereits angeknüpft.

Heute Abend „Vereinshaus“ Strzelewicz!

Aus einem „Kulturstaate.“ Aus dem Berichte der „Fb. Nachr.“ über die Verhandlungen des Schlesw.-holsteinischen Provinziallandtages, die im übrigen herkömmlich-langweilig sind, drücken wir folgenden interessanten Abschnitt, der eines Kommentars nicht bedarf, wörtlich ab: „Der Anstaltsvorsteher Johann Meyer in Kiel bittet um Erstattung baulicher Kosten für seine Anstalt in Höhe von 20 000 Mark und um Gewährung einer Entschädigung von 30 000 Mark. Die Petitionskommission hatte Uebergang zur Tagesordnung beauftragt. Ehe der Berichterstatter den ablehnenden Beschluß begründen konnte, erhielt Oberbürgermeister Fuß das Wort zur Geschäftsordnung und führte aus, daß der Petent seine Wirksamkeit in den Dienst der Menschenliebe gestellt habe und durch die Erziehung schwachsinniger Kinder eine fruchtbringende Thätigkeit entfaltet habe. Zu seinem Erstaunen habe er bemerkt, nicht allen Abgeordneten sei es bekannt, daß Petent identisch sei mit dem vaterländischen Dichter Johann Meyer, der Jedem von uns durch seine Werke angenehme Stunden bereitet habe. Ihm sei es aber wie so manchem Dichter ergangen, er sei zu spät gekommen, als man die Welt vertheilt. Die Form seiner Bittschrift zeige, daß Johann Meyer kein Geschäftsmann sei. Im Verein mit den beiden andern Vertretern Kiels, den Abg. Sartori und Niepa, beantrage er, die Petition zurückzustellen, er werde den Petenten veranlassen, sie demnächst dem Landtage in anderer Form vorzulegen. — Der Präsident findet dies Verfahren ungewöhnlich, hat aber nichts gegen den Antrag einzuwenden, wenn der Landtag so beschließen will. Dies geschieht.“

— Ein sehr löbliches Ziel hat sich der Lübecker Lehrerverein gesteckt, nachdem ihm bereits seine Kollegen in Hamburg und Bremen darin mit gutem Beispiel vorangegangen sind: zwecks Förderung der künstlerischen

schon Bildung der Jugend veranstaltet er, wie schon neu-
lich von uns angekündigt, im Stadttheater Aufführungen
von Schillers „Tell“. Es verdient wärmste Anerkennung,
dass die Lehrerschaft der drei Hansestädte den großen Bil-
dungswert der öffentlichen Schaubühne würdigt, der
Schaubühne, von der Schiller einmal sagte, dass sie tiefer
und dauernder als Moral und Gesetze wirke. Kein Werk
der Klassiker ist aber sicherlich besser geeignet, der Jugend
vorgespielt zu werden, als gerade Schillers „Tell“. Es
war ein erhebender Anblick, als wir am Sonnabend das
Theater so gedrängt voll von Schulkindern sahen und die
Vorgänge auf der Bühne mit leuchtenden Augen verfolgen
sahen. So aufmerksame Zuhörer dürften unsere Schau-
spieler wohl selten gehabt haben! Der Lehrerverein hatte
in sorgfältigster Weise seine Anordnungen getroffen. Am
letzten Sonnabend hatten sämtliche zweite Klassen
unserer städtischen Volksschulen sowie der Krempelsdorfer
Schule die Besucher gestellt, während kommenden Sonn-
abend die ersten Klassen genannter Schulen an die Reihe
kommen werden. Um den Kindern das Verständnis der
Vorgänge auf der Bühne zu erleichtern, hatte man das
Drama zuvor mit den Kindern in der Schule durchge-
lesen. An Kosten erwachen den Kindern ganze 10 Pf.;
100 Mark hat die Oberschulbehörde für den löblichen
Zweck beigesteuert, während die Theaterdirektion Theater
und Kräfte ohne jedweden Gewinn zur Verfügung gestellt
hatte. Der Anfang der guten That ist trefflich ange-
fallen und der Lehrerverein kann mit Befriedigung auf
die Vorstellung am Sonnabend zurückblicken. Mögen die
jenseitigen Folgen, die die Lehrer sich von ihrem An-
tragsment versprechen, nicht ausbleiben!

**Verein Deutscher Kapitäne und Offiziere der Han-
delsmarine Lübeck** nennt sich ein am Sonnabend von 16
hiesigen Seesteuerleuten gegründeter Verein. Danach
scheint er nach dem Muster des Hamburger gleichen
Namens gebildet zu sein, welcher jüngst in so unwür-
diger Form sich seines hochverdienten Vorsitzenden ent-
ledigte, um „oben“ wieder lieb Kind zu werden.
Die zweite Generalversammlung des „Seemanns-
Verbandes in Deutschland“ wird am Montag, den
25. Februar, Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn
A. Kammerer, Zeughausmarkt 31, in Hamburg er-
öffnet. Die Verhandlungen sind öffentlich, und ist es
jedem organisierten und sich durch Mitgliedsbuch legiti-
mierenden Seemann sowie allen übrigen Arbeitern gestattet,
sich als Zuhörer im Lokal einzufinden.
Sterbefälle „Die Vertrauliche“. Die diesjährige
Generalversammlung findet morgen, Mittwoch, 8 Uhr im
Bürgerverein statt. Da Wahlen stattfinden,
sind die Mitglieder hierdurch aufgefordert, vollständig zu
erscheinen.
Der Nautische Verein hat sich am Sonnabend Abend
wieder mit der Seemannsordnung beschäftigt.
Wir erwähnen dies, weil der Bericht über die Veram-
mlung im Amtsblatt von dem Gesetzentwurfe, auf
dessen Erfüllung Tausende von braven Seeleuten seit
Jahren sehnsüchtig hoffen, in dem bereits satfam
bekannten Tone als von dem „nicht unzu-
bringenden“ redet. Es ist das dieselbe hohe sittliche Ernst in
sozialen Dingen, welcher uns auch aus der „Seemanns-
Vereinschaftsliste“ des alten Baeritz entgegenläuft!
* Kleine amtliche Nachrichten. In das Handels-
register ist am 18. d. Mtz. eingetragen bei der Firma „Em-

heim“: Die Firma ist erloschen. — Holzverkäufe: Dienstag
den 26. d. Mtz., 11 1/2 Uhr bei Kubach in Lüran: 2 Rind-
Eichen Kluft- und Knüppelholz, 58 Rmtr. agf. Buchen Kluft- und
Knüppelholz, 6 Rmtr. Nadelholz Knüppelholz, 2 Cavel. Eber-
Etern Schleete à 50 Stück 136 Hufen Eichen und Buchen Kluft-
Büsch. — Freitag, den 1. März, 10 1/2 Uhr bei Wallis
Waldhufen: 39 Rmtr. agf. Buchen und Birken Knüppelholz,
112 Rmtr. Kiefern Kluft- und Knüppelholz, 44 Hufen agf. Buchen
und Nadelholz Büsch 26 Cavel. Fichten Leiterbäume Cl. I à 8 St.
19 Cavel. Fichten Bindebäume Cl. I à 4 St. 19 Cavel. Fichte
Schleete Cl. I und II à 25 St. 1 Cavel. Fichten Bohnenstange
à 50 St.
Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hohenweke
bei Neumünster wurde der Schuhmachermeister Hoff auf der
Heimkehr von einer Maskerade durch drei Messerliche getödtet.
Zu der Freisprechung des Amtsvorsteher Thiermann-Rödding
ist noch zu bemerken: Als Thiermann die Unterschlagungen der
Broderßen entdeckte, hat er das darüber angenommene Protokoll
statt es an die Staatsanwaltschaft zu schicken, dem Landrat
Becherer vorgelegt, der ihm rief, die Sache vorläufig ruhig
zu lassen. (1) Unter dem Eindruck dieser Mitteilung und an-
politischen Erwägungen (1), um den Dänen kein un-
kommenes Material zukommen zu lassen, hat der Amtsvorsteher
den Broderßen entlassen. — Das hat er nach Ansicht
der Richter bona fide (1) gethan! Ein sonderbarer Amtsvor-
steher!
Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.
Die Maurer in Boldergl fordern ab 1. März einen Stunden-
lohn von 30 Pfg. (bisher 25 Pfg.) und bei Überlandarbeiten ein
tägliches Quartier. — In Neustrelitz wurde nach einem Aufruf
rate des Genossen Lüth-Hamburg ein Gewerkschafts-
kartell gegründet.

den Inhalt der Interate übernimmt
der Redaktion dem Publikum gegenüber
keine Verantwortung.

**Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen
Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten
anzeigen, zu berücksichtigen und bei event.
Anfragen sich auf unser Blatt zu beziehen.**

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen an
Aug. Vahl und Frau
geb. Inde.
Lübeck, den 17. Februar 1901.

Zu vermieten eine große Stube
leer oder möblirt.
Bednarube 93, 2. Etage.

Zu vermieten ein freundl. Logis
Waldenstr. 66, 2. Etg.

Stelle zu Ötern Lehrlinge ein,
4 Jahre lernen, alles frei.
W. Meier, Maschinendirektor
Schwanen bei Lübeck.

Zu Ötern ein Küferlehrling,
3-jähr. Lehrgeld. Ötern unter S F an die
Expedition des Volksboten.

**Damen- und Kinderkleider sowie Knaben-
Anzüge und Jacketts werden billig angefertigt.**
Waldenstr. 38, Lübeck, varl.

Sorb mit Brod leben geblieben.
H. Bössel, Huxstr. 37.

Ein Zangener zu verkaufen.
Ziegelstraße 40.

Teschau's Messer
sind die besten.
27 Breitestr. 27.

Hochfeiner Kirichjaft
per Flasche 40 Pfg.
H. Menges, Marlesgr. 20.

**Pommersche Leberwurst,
Metz- u. Cervelatwurst,
Schweinsköpfe**
Alfred Beyer, Hirtstraße 52.

**Apfelsinen 3 Stück 10 Pfg.
Citronen**
Alfred Beyer, Hirtstraße 52.

**Cacoe 60 Pf.,
Cacao 1,80-2,20 Mk.**
Alfred Beyer, Hirtstraße 52.

**Frisches Kopffleisch
und
Brodwurst
und Bratenfleisch
à Pfd. 10 Pfg.**
Aug. Scheere
Thüringer Wurstfabrik.

Die Restbestände meines alten Lagers verkaufe ich
nunmehr in meinem heute beginnenden

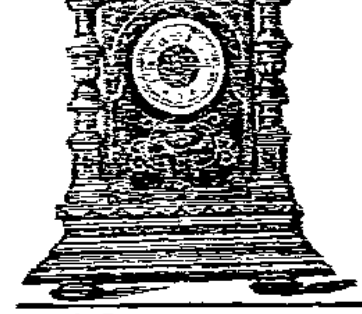
Inventur-Ausverkauf

zu weiter herabgesetzten Preisen. Außerdem gebe ich die
neu eingetroffene Waare, um großen und flotten Umsatz
zu erzielen, mit allerbescheidenstem Nutzen ab.

Lübeck, den 4. Februar 1901.

Georg Bergmann.

**Ausverkaufschluss den 28. Februar.
Preise netto gegen Baarzahlung.**



Max Dawartz

**Uhrmacher und Optiker
obere Huxstrasse 16.**

Neue Feder einsetzen . . . 1 Mk.
Uhren reinigen 1,50 Mk.

Vollständige Ausrüstungen

für junge Leute, die sich dem Seemannsberufe widmen wollen, empfiehlt
H. Prenzlau, Untertrave 6667.

**Möbel-Fabrik
Hintze & Stech, Lübeck.**
Empfehlen:
Küchermöbel, feincirte u. lackirte Möbel,
Spiegel, Stühle, Matrasen etc.
Direkter Verkauf an Private in der Fabrik
Moislinger Allee 60.

Neu eröffnet!
31 Breitestr. 31.

Bahr & Umlandt

langjährige Verkäufer bei J. H. Pein und
Heick & Schmalz.
Schwarze u. farbige Kleiderstoffe 58 Pf. b. 3 Mk.
Wäscheleiderstoffe 30 Pfg. bis 1.00 Mk.
Confirmanden Anzüge 7.50 bis 18.00 Mk.
Gürtel-Anzüge 10.50 bis 25.00 Mk.
Büchsen, Lederhosen, blaue Pilotshosen
1.50 bis 6.00 Mk.
Hüte und Hüte in großer Auswahl.
Bettlaken, Bettbezüge, Bettdecken, Federn
Pfd. 45, 60 Pfg., 1.00, 1.25 bis 3.50 Mk.
Wäsche, Sape 35, 40, 50 Pfg.
Unterwäsche in allen Preislagen.
1 Posten Theaterschuhe 8 bis 68 Pfg.
20 Posten Kinderhosen 20 bis 98 Pfg.
Schneide- und blaue Hosen 1.20 Mk.
Perd. Hosen, Flanellhosen, schwarze
Hosen, Normalhosen von 58 Pfg. an.
Lanzkleider, Seid 1.20 Mk.
Gendarmen 20, 25, 30, 35 bis 50 Pfg.
Sandwichen, Tischdecken, Servietten, Wäsche
Erbsen, Poliertrager in großer
Auswahl sehr billig.

Gebr. Caffees

aus der Caffeerösterei von
L. Roeper

in den Preislagen von
80 Pfg. bis 1,60 Mk.
per Pfd.

und zu haben bei
Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Gewerkschaftsbrauerei.

Morgen Mittwoch:
**Kein
Cimerbier.**

Ausverkauf

wegen gänzlicher Aufgabe des
Uhren-Geschäfts

Cornelius Michaelsen.
Hofstr. 33.

Sterbefälle

„Die Vertrauliche“ in Lübeck

General-Versammlung

am Mittwoch den 20. Februar
Punkt 8 Uhr Abends
im Saale des Bürgervereins.

Tagess-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Rechnungsablage.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahlen.

Central-Verband

der Maurer.
(Zahlstelle Lübeck)

Verammlung

am Mittwoch den 20. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/51

Tagess-Ordnung:
1. Streifondsbeiträge für dieses Jahr.
2. Vereinsangelegenheiten.
Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Die örtliche Verwaltung.

Tivoli-Theater

Heute Dienstag.
Letzte große Fastnachts-Vorstellung.

Die entführten Weiber

oder
Tod und Teufel.
Große Fastnachtsposse mit Gesang und Tanz
in 4 Akten.
Im 3. Act: Große Pünlichende und Zeit-
weckenvertheilung an die Theaterbesucher.
Preise wie gewöhnlich.

**Alle ausgegebenen Freikarten
haben Gültigkeit.**
Einloß 7 Uhr Anfang 8 Uhr

Stadt-Theater

Mittwoch den 20. Februar.
(141) 110. Aboun.-Vorh. 15. Mittwochs-Aboun.

In Behandlung. Der Hochzeitstag

Donnerstag den 21. Februar.
(142) 111. Aboun.-Vorh. 20. Donnerstags-Aboun.
Gastspiel des tal. säch. Hofopernsängers
Max Giesswein.
F a u s t.
Bonds gültig.

Zum Leipziger Buchdrucker-Streit.

(Fortsetzung.)

Bemerkt sei hier, daß der Grundsatz, bei Entlassungen nach dem Prinzip der Anciennität vorzugehen, natürlich nur mit der Einschränkung zu verstehen ist, daß diese Regel für Arbeiter, die sich durch hervorragende Thätigkeit in der Arbeiterbewegung den besonderen Haß der Unternehmerkreise zugezogen haben, keine Anwendung finden kann. In dieser Beziehung herrschte von der ersten Besprechung an zwischen der Verbandsleitung und den Parteivertretern volle Uebereinstimmung. Es wurde auch von den Verbandsvertretern angegeben, daß das Verlangen: bei Entlassungen nach dem Prinzip der Anciennität vorzugehen, vom Verbandsstand nicht allgemein und für alle seine Mitglieder gestellt werde, daß man aber den von Arbeitern gegründeten Geschäften gegenüber, wie die Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ ein solches sei, das Verlangen zu stellen sich für berechtigt halte.

Von unserer Seite wurde das Anciennitätsprinzip als in der Partei aus Opportunität geübt, anerkannt, da durch dasselbe die bei notwendigen Entlassungen leicht entstehenden Mißstimmungen sich am besten vermeiden lassen. Bei verständiger Handhabung bietet dieses Prinzip einen Schutz sowohl für die diversen Geschäftsleitungen wie für die Arbeiter.

Die Kündigung der zwei Verbandsleiter erfolgte am 9. November 1900. Noch in derselben Woche erschienen in der Presse Notizen, daß in der Druckerei des sozialdemokratischen Parteiblattes in Leipzig Differenzen zwischen der Geschäftsleitung und dem Setzerpersonal ausgebrochen seien, die zu einem Streit führen dürften.

Am 13. November 1900 erschienen auf unserem Parteibureau die Herren Gustav Eißler und Karl Engelbrecht, ersterer Zentralassistent des Verbandes, letzterer Leiter des Leipziger Vereins der Verbandsmitglieder. Beide Herren sprachen den Wunsch aus, dem Parteivorstande die Leipziger Wirren vorzutragen zu dürfen. Das Ergebnis der an diesen Besuch sich knüpfenden Verhandlungen findet sich in dem nachstehenden, an den Leiter des Leipziger Geschäfts gerichteten Brief. Derselbe lautet:

Berlin, den 13. November 1900.

Lieber Genosse Heinitz!
Früher war der Zentralassistent des Buchdruckerverbandes, Genoss Eißler, und ein Vertreter der Leipziger lokalen Organisation des Verbandes bei uns. Die beiden suchten unsere Vermittlung nach in den Differenzen, die wegen der Kündigung von 2 Verbandsleitern in Eurer Druckerei ausgebrochen sein sollen. Nach der uns gewordenen Darstellung soll die Entlassung durch die Einstellung der 2 Setzmaschinen notwendig geworden sein. Es sollen bereits 2 Gewerkschaftler früher entlassen und jetzt zwei Verbände gekündigt sein. Die Notwendigkeit der Entlassung wird anerkannt, aber gewünscht, daß man nicht willkürlich ältere resp. seit längerer Zeit dort beschäftigte Arbeiter entläßt, während viel später eingestellte Arbeiter stehen bleiben.

Sie sollen als Grund für die Entlassung dem Vorstand angegeben haben, daß die beiden Betroffenen sich seit dem Streit in dem Verbandsstande jeder parteigenössigen Thätigkeit fern gehalten haben. Die Deputation beschränkt, daß die jetzige Entlassung der erste Schritt zur Ausräumung der ganzen Bude von Verbandsmitgliedern sei.

Von unserer Seite wurde den beiden Genossen gesagt, daß uns kein Recht zusteht, uns in die geschäftliche Beziehung Eurer Druckereiverhältnisse einzumischen. Wir versprochen aber mit Ihnen in Verbindung zu treten und Sie um Auskunft zu bitten. Letzteres soll hiermit geschehen sein.

Weiter will ich noch bemerken, daß wir, ganz objektiv betrachtet, das Verlangen, bei Entlassungen zuerst die zuletzt Engagierten ins Auge zu fassen, nur billigen können. In der Druckerei wird ebenfalls nach diesem Grundsatz verfahren. Der von der Deputation angegebene, angeblich von Ihnen genannte Entlassungsgrund erscheint uns ganz unzulässig.

Daß man bei der Einstellung bei vorhandener Auswahl den Parteigenossen bevorzugt, ist gewiß richtig und kann niemand

etwas dagegen haben. Aber für die Entlassung kann die mehr oder minder betätigte Parteigenossenschaft kein entscheidendes Motiv sein. Der Arbeiter verkauft auch in unseren Geschäften nur seine Arbeitskraft, aber nicht seine Gesinnung. Das ist so selbstverständlich, daß ich es einfach für ausgeschlossen halte, daß die Mitglieder der Deputation richtig sind.

Sie sind gewiß so freundlich und lassen uns recht bald Antwort zugehen.

Indem ich noch einmal betone, daß es uns durchaus fern liegt, uns unberufen in die dortigen geschäftlichen Angelegenheiten einzumischen, möchten wir doch dem Wunsch Ausdruck geben, daß es gelingen möge, die Angelegenheit so zu regeln, daß der leider schon vorhandene Gegensatz zwischen dem Verband und unseren dortigen Genossen nicht noch verschärft wird.

Vielleicht empfiehlt es sich, die bereits am nächsten Freitag fällige Kündigung der beiden Setzer bis zur entgeltlichen Entschädigung hinauszuschieben. Mit dem Wunsch, daß Alles glatt verläuft und besten Grüßen

Ihr
F. Auer."

Auf dieses Schreiben erfolgte umgehend folgende Antwort:

Leipzig, den 14. November 1900.

Lieber Genosse Auer!
Die Würfel waren bereits gefallen, als Ihr Brief ankam. Sie können sich wohl denken, daß wir nicht aus reiner Sachlichkeit nach Skandal die Kündigung ausgesprochen haben. — Wenn verbandseitig die Behauptung aufgestellt wird, es solle ein Schlag gegen den Verband geführt werden, so ist dies völlig unzutreffend. Der größte Teil der bei uns thätigen Verbandsmitglieder beteiligt sich an den Parteiarbeiten, Niemand denkt daran, diese zu entlassen. Allerdings haben wir auch einige darunter, denen daran liegt, uns bei jeder sich bietenden Gelegenheit einzumischen.

Bei dem gegenwärtigen, durch die Setzmaschinen veranlaßten Ueberfluß an Arbeitskräften haben die hiesigen Genossen resoliert, daß bei notwendigen Entlassungen diejenigen Geschont werden sollen, die (bei gleicher geschäftlicher Tüchtigkeit) Vertrauenstoffen in der Partei inne haben oder sonst rege für die Partei thätig sind, also schwerer Arbeit erhalten.

Die beiden Setzer, denen vorige Woche gekündigt wurde, haben eher Aussicht Arbeit zu erhalten, als andere, die bei Anciennität daran gekommen wären; übrigens zum Teil auch Verbändler. Andere haben wieder Karle Familie u.

Wir haben heute, nachdem gestern noch einmal die Sache besprochen worden ist, den Verbandsleiter zu vorkellig geworden sind, erklärt, daß an der Kündigung nichts zu ändern ist. Die eine Thatsache kann wohl als feststehend angesehen werden, daß in einem nicht sozialdemokratischen Geschäft kein Lohn danach kräft, wenn Entlassungen, wie bei uns, vorgenommen werden. Aber bei uns sucht man einen Vorstoß auszuführen.

Die Verbandsleiter werden heute Abend unsere Entscheidung besprechen und morgen werden wir und auch Sie wohl Näheres hören.

Ich persönlich habe mein Möglichstes gethan, die Geister zu beschwichtigen; jetzt bin ich aber an Beschlüsse gebunden.

Besten Gruß
A. Heinitz."
Unsere ersten Bemühungen, den Frieden zu erhalten — die übrigens die volle Zustimmung des Verbandsvorstandes in Berlin fanden, wie ein Brief Eißlers an Auer vom 19. November 1900 beweist — waren also an dem Widerspruch der Leipziger Genossen gescheitert.

In der Nr. 135 des „Correspondent“ vom 20. Novbr. 1900 — also an dem Tage, wo Genosse Eißler in seinem an Auer gerichteten Brief noch meinte:

„daß begründete Aussicht vorhanden sei, daß es zum Besten nicht kommen würde“ —

erschien folgende Bekanntmachung:
„Leipzig. Infolge ausgebrochener Differenzen mit dem Gesamtpersonal (Setzer, Drucker und Stereotypenre) ist die Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ für Verbandsmitglieder bis auf Weiteres geschlossen.“

Die Vertrauensleute

Karl Engelbrecht, Wilhelm Nitsche."

Die Leidenschaft hatte eben in Leipzig bereits den Siedepunkt überschritten und so kam es, daß sowohl der Verbandsvorstand wie die Parteileitung vor vollendete Thatsachen gestellt wurden. In diesem kritischen Momente wurde vom Parteivorstand ein neuer Versuch gemacht, eine Verständigung herbeizuführen.

Anton jeden Tag vorhält, daß aus ihm nichts wird mit seiner verdrossenen, unfreundlichen Art. Sie mag selbst denken, was geschieht, wenn der Jenne einmal Herr über das Geschäft in Hannover wäre!

Ein paar Minuten lang ist sie schon von draußen betrachtet, wie sie seitwärts vom Fenster. Er ist mit leisem Jägerschritt herangekommen und steht mit untergeschlagenen Armen da, den Hut im Nacken. Und es ist noch nicht mal sein Bild, das er beschleht, dessen Alleinsein er auspäht. Gerade, als er sich anschickte, das lieblich schmalhückerchen aufs Korn zu nehmen, hat ihm eine andere Hand die Büchse aus dem Arm geschlagen. Und da läßt sich nichts thun. — Er beißt seine Lippen — vorläufig nichts. Der ist der Mächtiger. Aber, hohe Herren wechseln ihre Launen oft, das kennt er ja. Und somit darf er nun abwarten. Wenn sie ihm auf die Dauer gefällt, die kleine Blondine mit den Taubenaugen! So en passant! Er legt den Fuß fest auf und geht nach der Hausthür.

Jenne hebt den Kopf. Das ist nicht Anton's Schritt, auch nicht sein Aufklappen der Thür. Dann klopft es, während sie hinter ihrem Tischchen aufsteht. Fast überkommt es sie wie ein Bangigkeitsgefühl, um diese Zeit pflegt kein Fremder hier im Hause am Park vorzusprechen. Aber ihr Herein ist ganz kräftig.

„Guten Abend, verehrte Frau!“
Der Jäger Wid hält den Hut in der Hand. „Ist's erlaubt?“

„Bitte!“ sie kommt langsam vor und stellt die Lampe in die Mitte des großen Tisches. Mein Mann ist freilich nicht zu Hause. Nehmen Sie einen Stuhl, Herr Wid.“

Der Jäger kommt der Aufforderung mit einer Verbeugung seines stämmigen Körpers nach, auf die Bemerkung erwidert er nichts.

Sie sieht ihn, ohne sich vorläufig selber zu setzen, erwartungsvoll an und er konstatiert für sich behaglich, daß diese Blondine mit ihren zarten Farben ganz anders ist als

Aus Leipzig traf am 22. November beim Parteibureau eine Depesche ein mit der Mittheilung, daß mit dem Zuge um 6 Uhr Abends die Genossen Bogens und Pinkan nach Berlin kommen würden, um in der Buchdrucker-Angelegenheit mit dem Partei-Vorstand zu reden. Die Unterredung hat stattgefunden, das Ergebnis derselben enthält folgender Brief.

Berlin SW. 47, den 23. November 1900.

Reinholdstraße 30.

Lieber Heinitz!

Erstern um 6 Uhr kamen die Genossen Bogens und Pinkan nach hier. Gerich empfing sie am Anhalter Bahnhof und brachte sie nach dem Reichstag. Wir hatten auch der Plenarsitzung Fraktionsitzung; Singer war außerdem weg nach der Stadtverordnetenversammlung. Die Leipziger Delegierten kamen also sehr zur unangelegenen Zeit. Es konnten nur Gerich und ich mit ihnen verhandeln. Natürlich war Bogens wieder sehr aufgeregt.

Wir haben folgenden Vorschlag gemacht:
Da es diese Woche anstandslos der Lage der parlamentarischen Arbeiten (es stand die China Vorlage auf der Tagesordnung, an die sich die 12 000 Mt. Interpellation anschloß) ausgeschlossen ist, daß eines oder mehrere Verbandsmitglieder sofort nach Leipzig kommen, um einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen, so empfehlen wir:

Die Entscheidung am acht Tage aufzuschieben.
Die Verbandsleiter halten ihre Kündigung anrecht, bleiben aber acht Tage, bis zum Sonnabend, den 1. Dezember, in der Druckerei stehen und verrichten dort ihre Arbeit.
Ebenso wird die Entlassung der beiden Verbandsleiter vorläufig nur als provisorisch aufgesetzt.

Im Laufe der nächsten Woche soll dann eine Konferenz in Leipzig zusammentreten, zu der einzuladen sind:

1. die Leipziger Geschäftsleitung;
2. Vertreter der Verbandsleiter;
3. Vertreter der Leipziger Parteigenossen;
4. der Partei-Vorstand;
5. der Vorstand des Verbandes deutscher Buchdrucker.

In dieser Konferenz soll die Streitfrage geprüft und der Versuch einer Verständigung gemacht werden. Sämtliche letztere und sollte etwa die Zurücknahme der Kündigung der zwei Verbandsleiter ausgesprochen werden, so soll diesen der durch die Kündigung entstandene Lohnausfall ersetzt werden.

Dies unser Vorschlag.
Wird er von Euch und den Setzern akzeptiert, dann, bitte, sofort um Drahtantwort. Wir werden dann beschließen, wann wir im Laufe der nächsten Woche die Konferenz abhalten wollen.

Genosse Seyer ist von unserem Vorschlag unterrichtet. Seht also zu, was sich machen läßt, damit der unangenehme Zwischenfall aus der Welt geschafft wird.

Mit besten Grüßen

Ihr
F. Auer."

Der vorstehende Vorschlag wurde Bogens in dringendster Weise ans Herz gelegt und ihm — der in der Nacht wieder nach Leipzig zurückgefahren erklärte — aufgetragen, den Genossen Heinitz sofort davon in Kenntnis zu setzen. Es war höchste Zeit, denn am dem Abend des Tages, wo Bogens nach Leipzig zurückkam, lief die Kündigung der 27 Setzer ab. Bogens — der, nebenbei bemerkt, selbst als Setzer in der Volkszeitungs-Druckerei stand, zu den 27 gehörte und als alter Genosse seit Jahrzehnten in der Partei thätig ist — gab die feste Zusicherung, den Auftrag bestimmt auszuführen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Vohubewegungen. Die Berliner Militäreffektenarbeiter sind in eine allgemeine Auslandsbewegung eingetreten. Zur Zeit werden 16 000 Garnituren für die sogenannte „grüne“ Ausrüstung der ostafrikanischen deutschen Truppen gefertigt, die, falls sie in der Praxis sich bewähren, für die gesammte Armee eingeführt werden sollen. In einer stark besuchten Generalversammlung

dem Hauskleid aussteht; die Schürze sogar mag er an ihr leiden; die Art, wie sie das Haar trägt, ist gefällig. Prinz Louis und sein Geschmaad bedeen sich einmal wieder, er muß gestehen, daß „die Ebenbürtigen“, „die Mediastirten“ weit und breit herum auf den Schlössern solch eine anmuthige Gestalt nicht unter sich aufzuweisen haben.

„Kälteres Wetter bekommen wir, Sturm, wenn ich so sagen soll,“ beginnt er dann.

„Ach, das ist schade. Es war so herrlich.“

„Dann, da gieb's Vergnügen in den vier Wänden für die Damen, wenn die Spaziergänge aufhören. Kaffevisiten!“

Sie lächelt. „Das ist nun nicht gerade, was ich mag. Auch kenn' ich hier zu wenig Menschen.“

„Gut! ja!“

„Soll ich Anton etwas bestellen?“ fragt sie in die Pause hinein, die der Jäger dazu benutzt hat, sie wohlgefällig zu betrachten.

„Danke, Frau Bessing, danke ergebenst!“ kommt die Antwort.

„Wenn ich ihn hätte sprechen wollen, den Bessing, dann konnte ich das bei Heinerz, wo er Bier trinkt, die Pfeife im Munde hat und Karten spielt. Aber —“

Sie sieht rasch auf und fast bestrahlt über die geringfügige Art, in der Wid das vorbringt; ein Grinsen liegt in seinen Zügen, das ihr nicht gefällt.

„Aber ich wollte Sie mal ganz allein sprechen, Frau Bessing.“

„Wich? Ja, was denn —“ dann bricht sie ab, eine Sorge kommt über sie. Der Jäger gilt für sehr einflußreich bei seiner Herrschaft. Der Prinz jagte kürzlich wieder, erinnern, Wid! Wenn Anton aber wirklich Kerger hat, wenn Jenne —

Jenne fällt ganz angstvoll die Hände unter der Brust

Frauenloos.

Roman von E. Fels.

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Um des Kindes willen darf Jene ja nicht die Vergangenheit zurückwünschen. Das ist solch ein Glück, ein so großes Glück. Sie erhebt sich leise und schleicht auf den Zehen heran und sieht in die weißen Rissen auf das rosige Gesichtchen, die blonden Härchen über der Stirn, die feinen Wimpern auf den etwas gerötheten Wangen. Der Schlaf macht das Kind heiß, ganz kleine Schweißtröpfchen stehen auf dem Gesichtchen. Sie hebt ihr Tuch, nein, sie könnte den köstlichen Schlummer stören. Und auf den Rand des Bettchens gestützt, selber so leise athmend, daß man es kaum hört, überläßt sie sich der Glückseligkeit. Solch ein Kind haben, wach ein Segen ist das! Und alles, alles wird sie um seinetwillen tragen, die Kleinheit der Verhältnisse, Anton's schlechte Laune, Sorgen. — Dann wippt sie über ihre Stirn und ein zufriedener Ausdruck kommt in ihre Züge.

Warum Sorgen? sie können sich in die Hüh' arbeiten, werden es, und das Kind wird der Ansporn dazu sein, auch für Anton. Das soll es einmal gut haben, muß es.

Sie tappt sich zurück und erschrickt, daß der Fußboden leise kracht, sie geht doch nicht auf unruhigen Wegen! Dann wieder Faden und Nadel zur Hand, ein Kleidchen für Hannchen. Ja, solch stille Freuden kennen die Männer nicht, das ist wahr, das ist eine Ausgleichung für das Tyrannenthum, das sie auszuüben pflegen, das Betonen des Bibelworts: „Er soll dein Herr sein!“

Jenne's Schritte klingen oben, sie hört deutlich, wie er im Fenster aufsteht. Ob sie den verärgerten Jungen rast? Eine Gesellschaft ist er freilich nicht, ob er da über sie in dem Stübchen oder hier unten still und schläfrig sitzt. Ein Glanz von dem Vater, ihn hier zu lassen, wo ihm

der Arbeitnehmer wurde ein Minimalaffordtarif ausgearbeitet und die Vertrauensleute beauftragt, ihn sofort den Arbeitgebern zu unterbreiten, weil bereits im März die Forderung erfolgen soll. Am Dienstag wird sodann, je nach der Stellungnahme der Arbeitgeber endgültig entschieden. — Im tschechischen Nationaltheater in Prag ist infolge Entlassung eines Orchestermitgliedes Freitag ein Streik ausgebrochen. In einer Abends abgehaltenen Versammlung erklärten sich das technische Personal und der Chor für solidarisch. Die Operaufführungen mußten infolgedessen eingestellt werden. Die öffentliche Meinung steht auf Seite der Streikenden. — In Wilkowitz (Gouvernement Suwall) streifen 100 jüdische Bürstenarbeiter, sie verlangen einen 10 stündigen Arbeitstag, davon 1 1/2 Stunden auf Mittag. In Pleskawa (Gouvernement Witebsk) streifen 120 Mazzes-Bäckerinnen; sie fordern eine Verkürzung des Arbeitstages auf drei Stunden und Erhöhung des Arbeitslohnes auf 30 Kopelen pro Rub. Es giebt wohl kaum eine andere Arbeiterkategorie, die unter so elenden Umständen arbeitet wie die Mazzes-Bäckerinnen. Ihre Arbeitszeit dauert 20 Stunden, und dabei müssen sie arbeiten in einer vor Hitze kaum zu ertragenden Atmosphäre. Gewöhnlich sind auch, nachdem die Saison ihrer Arbeit vorüber ist (also vor Ostern), alle Krankenhäuser von diesen unglücklichen Proletarierinnen überfüllt.

Vom Elend in Berlin. Nicht weniger als 4071 999 Wohnunglosen hat allein der Berliner Mhl-Berein für Obdachlose nach dem jüngst erschienenen Jahresbericht in den 32 Jahren seines Bestehens Unterkunft und nothdürftige Nahrung gewährt. Im letzten Jahre allein beherbergte das Männer-Mhl 249 195, das Frauen-Mhl 45 877 Personen. Namentlich hat die Zahl der obdachlosen Frauen und Mädchen zugenommen, sodas eine Erweiterung des Frauen-Mhls dringend geboten erscheint.

Ein Aufruf der Flaschenarbeiter theilt u. A. Folgendes mit: Seit 27 Wochen befinden sich die Glasarbeiter in Schauenstein in einem verzweifeltsten Kampfe um Anerkennung der Organisation. Dem Verband kostet der Streik gegenwärtig rund 70 000 Mark. Da nun ein Ende desselben noch nicht abzusehen ist, so beschloßen die Glasarbeiter von Nienburg a. Weiser, denselben durch ihr Eintreten für die Kollegen in Schauenstein auf gütlichem Wege beizulegen. Beide Fabriken Schauenstein wie Nienburg gehören dem Geh. Kommerzienrath Hene. Auf Vorstellung der Nienburger, doch den Streik der Schauensteiner zu beenden, die weiter nichts verlangen, als in jeder Beziehung mit den Arbeitern der Nienburger Fabrik gleichgestellt zu werden, antwortete der Fabrikant sofort mit Maßregelungen und bot einem Theil der Arbeiter bessere Bedingungen an, wenn sie ihren Austritt aus der Organisation erklären würden. Die gesamten Kollegen standen jedoch in jeder Beziehung einmüthig zusammen und beschloßen ebenfalls in den Streik zu treten, wenn Hene die Forderungen der Schauensteiner nicht bewillige. Das ist denn auch geschehen. Hierauf hat das lokale Unternehmertum mit einem Gewaltakt sofort geantwortet. Es wurde unabweisend erklärt, daß man zu einer allgemeinen Ausperrung sämtlicher Flaschenarbeiter greifen werde, wenn die Kollegen in irgend welcher Art Sammlungen für die Streikenden vornehmen würden. Es geht aus alledem klar und deutlich hervor, der Ring der Flaschenfabrikanten heilt zu einem wichtigen Schlage aus, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Strafkammer in Benthien (Ob-Schl.) verurtheilte die Amtsjungfrauen Anton, Franz und Johann Vossler aus Schwintochowitz wegen Körperverletzung im Amte zu sechs Monaten beziehungsweise sechs Wochen Gefängnis. — Im Schwereinsicht der Florentinergrube bei Kattowitz wurden drei sechszehnjährige Arbeiterburschen von Kohlenmassen verschüttet; einer blieb todt, die beiden andern wurden lebensgefährlich verletzt. — Das Schwurgericht in Glatz verurtheilte den Arbeiter Friedrich Wüde, welcher seine Ehefrau erschog, weil sie ihm das Mitgehen nicht schnell genug gethan hatte, zu 5 Jahren Zuchthaus. — Von der Tollmuth befallen wurden zwei Knaben, die durch die Nachlässigkeit ihrer Angehörigen nicht in rechtzeitige Behandlung gekommen waren. Der 6 Jahre alte Sohn Paul des Korbmachers Richter und der dreizehnjährige Sohn Karl des Vorarbeiters Wolke — beide aus Laufen in Schlesien — wurden dort vor einigen Wochen von einem tollen Hund gebissen. Die Angehörigen vernahmten leichtfertiger Weise die Anzeige bei den Behörden.

Erst später, als sich die Folgen des Bisses bemerkbar zu machen anfangen, wurde ein Arzt um Rath angegangen. Dieser erkannte sofort die Anzeichen der ausbrechenden Tollmuth und ließ die beiden Knaben schleunigst auf der Tollmuthstation in Berlin unterbringen. Es war aber schon zu lange Zeit verstrichen, sodas bei beiden Kindern die entsehlige Krankheit bereits zum Ausbruch gekommen war. Eine Behandlung wird demnach nichts mehr nützen können, so das die beiden Knaben das vor den Angehörigen Versäumte mit dem Leben bezahlen müssen. — Joachim Gehlen aus Charlottenberg, der frühere Reichsgoldner, ist auf Verfügung der königlichen Staatsanwaltschaft am Landgericht II Berlin bis auf weiteres aus dem Strafgefängnisse in Tegel entlassen worden, nachdem er von seiner einjährigen Gefängnisstrafe acht und einen halben Monat verbüßt hat. Veranlassung zu dieser vorläufigen Entlassung soll eine Untersuchung sein, die auf Grund seiner Anzeige gegen drei Zeugen in dem wider ihn geführten Freisprengungsprozess eingeleitet worden sein soll. — Der wegen eines an seinem Dienstmädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens vor zwei Monaten verhaftete Rechtsanwalt Ostler Mäurer in Berlin wurde unter Verjagung mildernder Umstände zu anderthalb Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Wegen Herausforderung des Staatsanwalts Braut zum Zweikampfe sollte am Sonnabend vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin gegen den Justizrath Dr. Sello verhandelt werden. Der Termin ist jedoch wegen Erkrankung des Dr. Sello aufgehoben worden. — Erschossen wurde in Patingen (Nhr) die 18jährige Tochter des Wirthes und Landwirthes Nischerfeld, als sie einem jungen Manne zusah, der aus einer Floberbüchse nach Sperlingen schoß. Eine Kugel traf das junge Mädchen so unglücklich in den Kopf, das der Tod fünf Stunden später eintrat. — Auf Zeehe Osterfeld bei Effen wurden fünf Vergleute durch einen zu früh losgegangenen Schuß getroffen. Laut „Kölnener Volkszeitung“ sind zwei davon todt, drei gräßlich verstümmelt. — Der ir Kopenhagen mit zwei Tagen Verspätung von Sibau angekommene Dampfer „Viking“ hatte 74 Pferde an Bord, von denen während der Reise bei starkem Frost und Sturm 15 erfroren waren. Der Dampfer kam ganz überreist in den Hafen. — Im Saale des Schwurgerichts in Neapel spielte sich Sonnabend eine furchtbare Blutzene ab. Auf der Anklagebank saß ein junger Bauer, der einen anderen im Streit er mordet hat. Während der Pause drängte sich ein junger Mensch durch die den Angeklagten umgebenden fünf Karabineri und stieß dem Angeklagten blühnchel das Messer tief ins Herz. Der Thäter war der sechszehnjährige Neffe des Ermordeten, der an dem Mörder Bendetta (Nache) üben wollte. — Infolge der Entgleisung eines Straßenbahnwagens in Sydneyham (Australien) wurden 7 Personen getödtet, 26 verwundet.

Aussprüche berühmter Zeitgenossen. Im „Mik“ schreibt ein Mitarbeiter dieses Blattes: Graf Bülow hat wieder einmal verkündet: „So lange ich auf meinem Posten stehe, wird es für mich nur eine Richtschnur geben: das öffentliche Wohl.“ Schon hat diese Mode, Selbstverständliches mit Emphase zu betonen, Verbreitung gefunden. Es war geradezu rührend, wie mein Barbier heute Morgen so recht herzlich sagte: „So lange ich Sie rasiren werde, werde ich Ihnen stets die Serviette umbinden.“ Nicht minder pakte es mich, als mir die Köchin versicherte: „So lange ich Kaffee koch, werde ich ihn stets vorher mahlen! Und ich leugne nicht, das ich Thränen vergoß, als mir der Briefbote mit dem Brustton der Ueberzeugung mittheilte: „So lange ich in meinem Amte bin, werde ich Ihre Briefe stets abliefern.“ In der That, ich war so ergriffen, das es lange Zeit dauerte, ehe ich mich zu dem Gelächris aufschwingen konnte: „So lange ich meine ihm Sinne beisammen habe, werde ich mich durch Phrasen nicht fangen lassen.“

Der Fall Stinzing-Strubell von der medizinischen Klinik zu Jena, der kürzlich wieder im Reichs- tage zum Gegenstande erneuter Angriffe gemacht worden ist, darf jetzt nach einer Richtung hin als erledigt gelten. Die Angelegenheit war Gegenstand eines Erörterungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft in Weimar. Die Untersuchung ist eingestellt worden, und der Dritte Staatsanwalt Stierert, welcher das Verfahren geleitet hatte, veröffentlicht nunmehr das Ergebnis im Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik. Nach Mittheilung der in der Literatur beschriebenen mit Wasserentziehung behandelten Fälle von Diabetes insipidus (Zuckerharnruhr) giebt der Dritte Staatsanwalt eine Darstellung des Thatbestandes und läßt dann die Aussagen der vernommenen Zeugen, der Ehefrau und der Mutter des verstorbenen Kranken, der Assistenzärzte der Jenerer Klinik, der Schwestern

und Wärterinnen sowie Professor Stinzing's und Dr. Strubell's selbst ausführlich folgen. In dem Fazit, welches er zieht, erklärt der Staatsanwalt, das die Spitzmarke „Ein unerhört grausames Experiment an Kranken“ nach keiner Richtung auf die Behandlung des Herbers Hertel in der medizinischen Klinik zu Jena passe. Die Darstellung des Falles durch Dr. Neumann, von welcher die öffentliche Behandlung der Sache ausgegangen ist, bezeichnet er als ein „Phantasia gebilde“. „Nirgend“ — so erklärt der Staatsanwalt — zeigt sich ein widerrechtliches Handeln. Weber § 223, noch § 239 des Strafgesetzbuches kann auf die Behandlungsweise des Hofraths Dr. Stinzing und seines Assistenten Dr. Strubell Anwendung finden.“

Noble Offiziere! Wie ein Berliner aus Kapstadt seinen Eltern schreibt, halten sich dort viele englische Offiziere verborgen, um dann nach einiger Zeit zum Vorschein zu kommen und sich als von den Buren gefangen genommen und jetzt freigelassen wieder „zur Stelle“ zu melden. Sie bekommen dann anstandslos ihre rückständige Gage ansbezahlt und lassen sich darauf nach der Heimath zurückbegeben, weil, wie sie offen erklären, sie sich nicht für die „Kapitalisten“ todtschießen lassen wollen. Wenn also nach einigen Scharmütheln mit den Buren englische Offiziere als „vernicht“ gemeldet werden, so ist das nicht immer so streng nach Kriegsgesetz zu beurtheilen. Im Hause des Briefschreibers wohnten längere Zeit zwei englische Offiziere, die jetzt, nach absolvirter „Buren-Gefangenschaft“, vergnügt zu den „Kapitalisten“ in Old-England abgedampft sind. — Wie die Offiziere sungen, so zwitschern natürlich auch die GEMEINEN, Freiwilligen und Rekruten. Viele der Angeworbenen, welche für den Frontdienst ausgebildet werden, lassen sich bei verschiedenen Regimentern einschreiben; da sie für jede Uebung baar 2.50 Mark erhalten, so machen sie damit ein ganz gutes Geschäft. Die mangelhafte Kontrolle kommt ihnen dabei zu Statten und allzu anstrengend soll der englische Militärdienst ja auch nicht sein.

Ein merkwürdiger Fall. Aus Gronau (Hannover) wird berichtet: „Der am 30. Oktober v. Js. in Haft genommene Italiener Marco Forti, aus Santa Lucia, Bezirk Udine, wurde durch die Gensdarmen Nequa aus Gronau und Wachsmuth aus Elze nach der italienischen Grenze transportirt. Marco Forti hat bei Gelegenheit des Kaisersbesuchs in Gildesheim lästerhafte Reden geführt und die That des Königsmörders Bresci gelobt, sowie die baldige Ermordung des Kaisers von Rußland und des deutschen Kaisers in Aussicht gestellt. Ueber 3 Monate hat Forti in Untersuchungsgefängnis zu Elze und in hiesigen Polizeigewahrsam zugebracht. Seine Ausweisung nach Italien ist dieser Tage verfügt worden. In Kuffstein übernimmt den Ausgewiesenen die österreichische Gensdarmerei.“ — Wenn der abgeschobene Italiener wirklich im Sinne des Strafgesetzes schuldig war, warum hat man ihn nicht vor die Richter gestellt? Ist er aber unschuldig 3 Monate gefangen gehalten worden, so verdient er von der Staatsgewalt entschädigt, nicht aber weiter geschädigt zu werden, indem man ihn anweist. Der Fall beweist nun wieder einmal, das in Deutschland ein Proletarier, der sich nicht durch sein Staatsbürgerrecht zur Noth schützen kann, nicht als Mensch, sondern als Sache gilt.

Ein geisteskranker Kapitän. In Havre lief am Montag voriger Woche das Petroleumschiff „Havrais“ ein, an dessen Bord sich ein aufregender Austritt abgepielt hat. Der Kapitän des Fahrzeugs, Coby, hatte am 5. Februar einen Anfall von Säuerwahn. Er taumelte auf das Steuerrad zu und befahl dem Matrosen, der an demselben saß, sich zur Ruhe zu legen. Dann steuerte er das Schiff selbst auf eine Klippe zu. Glücklicherweise bemerkte sein Maat noch rechtzeitig die Gefahr und rief dem Kapitän das Steuer aus den Händen, um schnell den Kurs zu ändern, was bei dem Sturmwetter und dem Widerstand des Kapitän's eine schwere Aufgabe war. Am nächsten Tage spielte sich ein ähnlicher Austritt bei der Insel Bosh ab. Da ließ der Maat die Matrosen zusammentreten, und sie beschloßen gemeinsam, dem Kapitän das Kommando abzunehmen und in aller Eile in den nahe gelegenen Hafen der Bucht von Morlaix einzufahren. Während der Fahrt machte der Kapitän einen furchtbaren Wahn. Endlich stieg ein Votke an Bord und führte das Schiff trotz der Wuthausbrüche Coby's in den Hafen von Morlaix, wo man den Kapitän gewaltsam ans Land schaffte. Dieser blieb krank in Morlaix zurück, wo sofort eine Untersuchung über sein Verhalten eingeleitet wurde, während der „Havrais“ seine Fahrt nach Havre fortsetzte.

„Es ist doch nicht unangenehm.“ — „Nicht hervor und hebt den Mann im grünen Rock fragend an.“
„Bewahre, ganz im Gegentheil.“ Ihre schüchternen Augen ergötzt ihn, sie sind so hübsch, diese jungen Frauen, und welcher Mann spielte nicht gern den Beschützer. „Aber, Sie kehren ja noch immer in Ihrer eigenen Heimat! Machen Sie es sich doch gemütlich, ja, wie vorher. Ich habe nämlich ein Mädchen durch's Fenster geguckt. Das reine Genrebild, wirklich, Sie ist hinter der Lampe und das Licht auf den Haaren. Mein Prinz liebt ja ein hübsches holländisches Kostüm.“
„Sie wollen —“
„Bemerken, das man auch das Angenehme einer Kleinen, hübschen gerne alles jagt.“ Er nickte sich auf. „Unter vier Augen darf ich nicht sagen, das wäre zu familiar in diesem Halle. Ich bin nämlich im Auftrage meines Herrn, Darfmanacht Prinz Louis da.“
„Aber lächelt sie über das ganze, liebliche Gesicht.“
„D hana — ein Auftrag! — Wie gut seine Durchsicht wirklich ist. Mein Mann — Anton —“
„Ja, ja! Aber diesmal betrifft es Sie ganz alleine.“ Er geht ein Kätzchen aus der Rocktasche.
„Bringen Sie das meiner kleinen, barmherzigen Samantia und sagen Sie, das wäre ein Andenken an die Hübschling.“
„Das macht die Hübschling von dem kleinen Beschützer und dann kann dasselbe mit Umständlichkeit.“ Sie fassen ja immerhin, zum Beispiel. „Aber: „(Dieu vous protège) sagt denn, Hübschling, nicht wahr, und einisch?“ Und er läßt ihr den schönsten gelben Hut, auf dem die Buchstaben in schwarzer Sammet stehen, hin.“

„Das ist unauffällig, ganz unauffällig und keine Durchsicht haben es selber ausgeführt.“
„Das soll ich haben?“ Sie schüttelt ganz langsam den Kopf und streift die Hand nicht aus, es zu nehmen.
„So muß Sie das Kätzchen vor sie hinstellen.“
„Ein Souvenir nennt man das, meine schöne Frau Bessung — und erinnern sollen Sie sich ja auch!“
Der schwarrende Ton verurtheilt ihr eine unangenehme Empfindung im Kopf.
„Das ist übertrieben,“ sagt sie einisch. „Das ich zufällig dem Prinzen die Hand verbunden konnte — das hätte ich auch jedem Arbeiter gethan.“
„Erlauben Sie mal!“ und Sie macht seine Lippen ganz witzig, als wolle er preisen. „Die Sache liegt doch anders.“
Sie wird purpurroth; sie fühlt, das sie sich einem Mann, der ein höflicher Beamter ist, gegenüber doch wohl ungeschickt angedrückt hat.
„Bezeichnen Sie — ich meine — wir sind Seiner Durchsicht doch so schon Dank schuldig. Mein Mann hat Arbeit auf dem Schloß und andere in Aussicht.“
„Tutata! liebe, kleine Frau, dies ist doch eine ganz bewunderbare Sache.“
„Ein vertraulicher Ton schreit sie ab, sie mag nicht zeigen, wie sehr. „Ich — vertheil — nicht —“ murmelte sie.
„Sie springt auf, nimmt den Reif von der blauen Sommerunterlage, läßt ihn im Schein der Lampe flimmern und blüht, läßt mit Ausdruck die Zuckersüß noch einmal und sagt:

„Erlauben Sie —“ sagt nach ihrem Handgeleit und will ihn daran befestigen.
„Ach nein,“ wehrt sie. Aber er hält fest und setzt seine Absicht durch. „Macht sich, macht sich ganz außerordentlich gut. Und dann ist es eine Sache, die Sie ganz leicht einschmuggeln und vor Ihrem Manne tragen können. Das ist nicht verdächtig in Männeraugen, obwohl absolut nicht unwerth. Ich meine, was nicht so klirrt und blüht und gleich in die Augen fällt.“
„Sine läßt den Arm mit dem Schmuckstücke sinken. „Sie meinen, ich soll Anton nichts von dem Geschenke sagen?“ fragt sie erstaunt.
„Das würde doch keine Frau in Ihrer Lage thun.“
„Ja —“
„Er läßt sie nicht aussprechen. „Ich habe also den Komplimenten Seiner Durchsicht noch hinzuzusetzen, das es den Prinzen freuen wird, ja, das er bestimmt hofft, das Sie sich von den Erfolgen Ihrer Heißkur überzeugen. Morgen gegen fünf Uhr kommt der Prinz auf den Schloßstand. Das ist so kurz vor der Dämmerung. Da führt Sie Ihr Weg wohl auch vorbei? Nicht wahr, ich kann ein Ja überbringen?“
„Sie faßt mit beiden Händen nach ihren Schläfen, sie athmet voll, als habe eine bisherige Enge ihr die Brust bekommen gemacht und ihre Augen scheinen größer zu werden. Zweimal erst muß sie die Lippen bewegen, ehe sie deutlich hervorbringt:
„Was sagen Sie da? — ich glaube, ich habe nicht recht verstanden.“ (Fortsetzung folgt.)